GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2,— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 203 B | BERLIN • Dienstag, den 30. August 1932 | 1. JAHRGANG

Papen an „seine Freunde"

Fort mit der Papen-Schleicher-Diktatur!

Das Krisenprogramm der herrschenden Klasse.

Rpt. Was der Reichskanzler seinen „lieben Freunden" in Münster sagte, geht leider auch alle die Millionen an, die *nicht* seine Freunde sind. Die Rede, deren wichtigste Abschnitte wir an anderer Stelle dieser Nummer wiedergeben, ist durchsetzt mit Anreden: „Liebe Freunde", ähnlich wie Nietzsches Zarathustra-Reden. Auch im übrigen hat sich Papen an Zarathustra gehalten:

„Ich aber bin ein Schenkender; gern schenke ich, als Freund den Freunden."

*

Schon vor mehr als einer Woche hatte die Regierung angekündigt, daß Papen vor den westfälischen Bauernvereinen in Münster das Wirtschaftsprogramm der Regierung entwickeln werde. Nun ist der Schleier des Geheimnisses, mit dem das konstruktive Programm bisher umgeben war, gefallen — allerdings noch nicht vollständig, weil gewisse Teile seines Wirtschaftsprogramms auch für Papen selber noch ein Geheimnis sind.

Der äußere Rahmen der Rede ist sehr geschickt gewählt: Eine Bauerntagung. Großgrundbesitzer sitzen natürlich im Saal, sie bestimmen, was geschehen soll. Aber sie sagen bescheiden: „Wir Landwirte", und die Bauern fühlen — auch die zum Teil sehr reichen Großbauern in Westfalen — sich durch die Betonung der Gemeinsamkeit geehrt. So erst recht durch die Anrede des Kanzlers: „Meine lieben Freunde", — des Kanzlers, der auf seinem „Heimatboden" von den Kräften des Heimatbodens spricht, in denen er verwurzelt sei. Durch diese Worte wird vielen seiner Zuhörer und weiten Kreisen darüber hinaus verhüllt, daß Papen fest in seiner *Klasse* verwurzelt ist, daß das „konstruktive Programm" das Programm einer *Klassen*-Regierung ist, die innerlich in *Ostelbien* zu Hause ist und keineswegs auf *westfälischer Bauernerde.*

Von dem für ihn und seine Klassengenossen Selbstverständlichen spricht Papen nicht. Wir finden in seiner Rede kein Wort über die Erhaltung des Großgrundbesitzes, infolgedessen auch kein Wort über Getreide- und Brotpreise. Daß die Ueberwindung der Krise *nicht* auf Kosten seiner feudalen Freunde erfolgen darf, stand für ihn ja von vornherein fest; denn sein Vorgänger mußte gerade darum gehen, weil er einen schüchternen Versuch dazu machte, bankerotte Großgrundbesitzer als Bankerotteure zu behandeln. — Die Worte „Bankerott' und „Großgrundbesitz" nimmt Papen nicht in den Mund.

Den *Bauern* sagte er dafür sehr deutlich, ihr Wohlergehen hinge ab von der Kaufkraft in den Städten, also von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; durch Zölle könne ihnen nicht entscheidend geholfen werden. Er hat recht mit dieser Behauptung. Doch wie will er die Arbeitslosigkeit bekämpfen? Vor allem: Auf wessen Kosten?

*

Papen will die Wirtschaft aus der Erstarrung lösen. Er meint aber nicht etwa die Erstarrung infolge von Zöllen und Kartellverträgen, sondern die Erstarrung infolge von Tarifverträgen.

Er will die Zahl der Beschäftigten vermehren auf Kosten

1. der Löhne der Beschäftigten und

2. der Masse der Konsumenten.

Erstens: Die Löhne der Beschäftigten dürfen gestaffelt nach der Zahl der neu eingestellten Arbeiter gesenkt werden. Dabei soll, wie Papen sagt, die gesamte Lohnsumme und also die Kaufkraft steigen. Eine Anerkennung der Kaufkraft-Theorie? Nein! Nur eine Phrase! Die neu eingestellten Arbeiter bezogen ja bisher Unterstützung; wer die Kaufkraft auch nur erhalten will, müßte die Grenze also anders ziehen: die gesamte Lohnsumme müßte größer sein als die Lohnsumme der bisher beschäftigten Arbeiter *zuzüglich der bisherigen Unterstützungssummen der neu eingestellten Arbeiter.* Und auch dann würde die Kaufkraft insgesamt nur steigen, wenn die Preise gleich bleiben.

Damit kommen wir zum zweiten Punkt: Zur Einstellung von neuen Arbeitskräften sollen die Unternehmer vor allem veranlaßt werden durch Gewährung einer Prämie von 400 Mark, die für jeden neu eingestellten Arbeiter in Form von „Steueranrechnungsscheinen" während eines Jahres ausgezahlt werden sollen. (Scheine, die von der Steuerbehörde in den Rechnungsjahren 1934—38 zur Bezahlung von Reichssteuern einschließlich der Zölle mit Ausnahme der Einkommensteuern in Zahlung genommen werden.) Bei voller Ausnutzung des Betrages werden 1¾ Millionen Arbeiter neu eingestellt, rechnet Papen richtig aus; fragt sich nur, wieviel gleichzeitig entlassen werden! Nicht nur auf Grund kleiner Schiebungen, um für die Neueinstellung von Arbeitern Prämien zu erhalten, sondern auch wegen Senkung der Kaufkraft durch Preissteigerung. Denn jene 700 Millionen Mark — ebenso die anderen 1.5 Milliarden Mark, von denen wir noch reden werden — „Steueranrechnungsscheine" sollen ganz offenbar als Unterlage für das dienen, was man schamhaft heute *„Kreditausweitung"* nennt, und was nichts anderes ist als

Inflation.

Und zwar eine Inflation, die sich ausschließlich als Besteuerung der Massen darstellt, weil nicht etwa gleichzeitig — wie wir das gefordert haben — Monopolpreise, zum Beispiel für Getreide, Kohle und Eisen gesenkt werden.

Nun zu den 1,5 Milliarden Mark Steueranrechnungsscheinen: Sie sind ein

glattes Geschenk an die Besitzenden.

Die Steuerzahler — wohl nur die großen! — sollen nach einem noch nicht bekannten Verteilungsschlüssel im laufenden Steuerjahr bei der Zahlung von Steuern insgesamt 1,5 Milliarden Mark Steueranrechnungsscheine erhalten. Die Steuerschuldner müssen also ihre Steuern im laufenden Jahr zwar voll bezahlen, bekommen aber für einen Teil ihrer Zahlungen nicht lediglich die normalen Quittungen, sondern als Dreingabe Quittungen für *nicht bezahlte,* in den Jahren 1934—38 fällige Steuern. In jenen Jahren wird das Reich also jährlich 550 Millionen Mark Steuern weniger einnehmen, weil dann jene Quittungen, genannt Steueranrechnungsscheine, eingereicht werden

Einzelheiten darüber, wie die 2,2 Milliarden Mark Steueranrechnungsscheine bis dahin verwendet werden können, sind noch nicht bekannt. Der Zweck des ganzen Verfahrens ist, den Unternehmungen eine Grundlage für die Aufnahme von Krediten zu verschaffen. Die Regierung erwartet wohl, daß die Papiere, für die — in einer auch noch nicht bekannten Form — eine Zinsvergütung in Aussicht genommen ist, von Personen und Unternehmungen gekauft werden, die heute flüssige Mittel besitzen, aber eine andere Kapitalanlage nicht riskieren. Das Risiko bei dem Erwerb von Steueranrechnungsscheinen ist in der Tat verhältnismäßig geringer als bei anderen Kapitalanlagen: Wer heute zum Beispiel öffentliche Schatzanweisungen kauft, riskiert, daß sie am Fälligkeitstag nicht eingelöst werden, weil die betreffende Kasse *kein Geld zur Auszahlung hat;* wer Steueranrechnungsscheine kauft, der weiß, daß er oder andere Steuerschuldner sie mit dem Reich — wenn es nicht bis dahin Bankerott gemacht hat! — derart verrechnen dürfen, daß *das Reich kein Geld bekommt.*

Soweit gehamsterte Bargeld-Bestände oder nicht ausgenutzte Bankeinlagen durch Kauf von Steueranrechnungsscheinen in Bewegung kommen, ist die Wirkung auf die Preise genau die gleiche, wie wenn die Reichsbank gegen Verpfändung jener Papiere Kredite gibt (woran vermutlich Papen auch weitgehend denkt, obwohl er er von Luther, wie man hört, nur in Bezug auf 200 Millionen Mark eine Zusage erhalten hat). In beiden Fällen droht eine Inflationslawine ins Rollen zu kommen.

Man könnte im Zweifel sein, ob Unternehmungen in Deutschland neue Kredite überhaupt brauchen können. Wird die „Kreditausweitung" an mangelnder Nachfrage scheitern?

Der Kampf um die Auflösung des Reichstags.

W—er. Der Wunsch, eine nochmalige Auflösung des Reichstags unter allen Umständen dadurch zu verhindern, daß man eine Mehrheitsbildung für eine neue Regierung zuwege bringt, hat Nationalsozialisten und Zentrum zu so großer gegenseitiger Nachgiebigkeit angespornt, daß einige Kreise davon sprechen, die Einigung dieser beiden Parteien über die von ihnen vorzuschlagende Regierung sei beinahe abgeschlossen. Bei der großen Schwierigkeit, die einer solchen Einigkeit entgegensteht, glauben wir nicht, daß sie bereits so weit fortgeschritten ist. Immerhin bleibt von den Gerüchten (die sich bereits so weit versteigen, daß ein Nationalsozialist Reichskanzler werden solle und Brüning und Stegerwald Finanz- bzw. Außenminister und Arbeitsminister) noch genug übrig, auch wenn sie den Tatsachen etwas vorausgeeilt sind.

*

Aber all solchen parlamentarischen Verhandlungen, die Herr von Papen mit dem respektlosen Wort „Kulissenspiel" abtut, steht gegenüber der offenbar

feste Wille der Reichsregierung, auf keinen Fall von ihrem Platz zu weichen.

Selbstverständlich kann ein solches Verhalten nicht durch die Reichsverfassung gedeckt werden. Herr von Papen erklärt zwar: „Auf der anderen Seite denken wir nicht an eine Abweichung von den Grundsätzen der Verfassung", aber wir können dann nur eine erhebliche Kluft zwischen Denken und Tun bei der Reichsregierung feststellen. Der Artikel 54 der Reichsverfassung sagt eindeutig:

„Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht."

Herr von Papen hat jetzt eine Arbeit vor, bei der er „Störungen dieses Werkes durch die Einflüsse der Parteien abwehren" will. Er fühlt sich bei dieser Arbeit mit seinen Kollegen als eine

„unabhängige Regierung, die sich ihrer Verpflichtung gegen Gott und gegen die Nation im tiefsten bewußt ist".

Für Herrn von Papen mögen diese beiden Instanzen einen Verpflichtungsgrund enthalten. Für uns tun sie das nicht; vor allem sind sie nach der Reichsverfassung nicht zuständig. Herr von Papen gehört also zu den Leuten, die sich schon an das Verdienstliche heranmachen, ehe sie ihre wirkliche Pflicht, nämlich eindeutig die Gesetze zu achten, erfüllt haben. Völlige Willkür spricht nämlich seine Interpretation des Satzes aus, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgehe. Dieser Satz könne „nicht bedeuten, daß diese Staatsgewalt dem taktischen Spiel der Parteien im Parlamente ausgeliefert werden" solle. Mag sein, daß er das nicht bedeutet — daß sie dem taktischen Spiel der deutschen Herrenklubs ausgeliefert werden solle, bedeutet er jedenfalls sicher nicht.

Der Reichstag, der am Dienstag zusammentritt, wird sich zu entscheiden haben, ob er sich ebenso benehmen will, wie vor einigen Jahren Mussolini gegenüber das italienische Parlament, von dessen Benehmen der ehemalige Ministerpräsident Nitti bei dieser Gelegenheit gesagt hat:

„Da erhob sich in der Kammer keine einzige Stimme des Protestes. Und das war an diesem Schauspiel das Allertraurigste und Allererniedrigendste."

Luther stellte ja erst kürzlich fest, daß in Deutschland diejenigen fehlten, die Kredite in Anspruch nehmen wollen. Denn wer riskiert es, bei der planmäßigen Drosselung der Massenkaufkraft die Produktion auszudehnen? Auf Grund der allerdings unvollständigen Darstellung des Regierungsprogramms durch Papen scheint uns jener Zweifel nicht am Platze zu sein. Das ganze Projekt sieht so stark nach Inflation aus, daß sicherlich Unternehmer es für rentabel halten werden, mit Hilfe von Krediten ihre Vorräte zu vergrößern, um so an steigenden Preisen zu verdienen. So kann die Furcht vor Inflation sehr rasch die Voraussetzungen der Inflation schaffen. Und

wenn die Inflationslawine dann im Rollen ist, die Massenkaufkraft auf das äußerste Existenzminimum zusammenpressend, wer hält sie dann auf?

Der ganze Ankurbelungsversuch geht also eindeutig auf Kosten der Arbeiterschaft. Papen sagt, zu allen gewandt, pathetisch: „Denkt nur an Deutschland!" Er selber aber bedenkt nur seine Klassengenossen. Den industriellen Unternehmern soll durch sein Programm die Möglichkeit eröffnet werden, den Produktionsapparat auszubauen und zu verbessern. Als wenn nicht der Produktionsapparat gerade zu *groß* wäre im Verhältnis zur Konsumentenkaufkraft! Die Unternehmer erhalten zu seinem Ausbau vom Staat Subventionen; außerdem vermittelt er ihnen verbilligte Arbeitskräfte (versteht sich: unter Erhaltung des „wertvollen Kerns" des Tarifgedankens!).

Auf der anderen Seite wird der Reallohn herabgedrückt durch Senkung des Geldlohns und — aller Wahrscheinlichkeit nach — durch Erhöhung der Preise.

Der Verkünder dieses Programms spricht von Gerechtigkeit, die Wirtschaft solle „nicht dem Eigennutzen, sondern dem Gesamtnutzen" dienen. In der Tat führt er im Interesse einer kleinen Schicht den Klassenkampf. Gerade weil diese Schicht so klein ist, führt er ihn unter dem Stichwort „Sammlung der Nation". Viele fallen darauf herein, sicher fast alle Bauern.

Wird die Arbeiterschaft ihm in Klassenkampf entgegentreten?

Im *Parlament* kann Papen kaum etwas zu Leide geschehen, vorausgesetzt, daß Hindenburg ihn weiter stützt. Weil seine Freunde im Parlament nicht sehr zahlreich sind, bekennt er sich von vornherein als Gegner des „Kulissenspiels der Parteien"; er wird den Reichstag einfach nach Hause schicken, wenn er nicht pariert. Wirksam sein kann also nur ein *außerparlamentarischer Kampf.*

Wird er von Seiten der Arbeiterschaft geführt werden? Oder werden die Gewerkschaften — auf die es hier ankommt — froh darüber sein, daß 1 bis 2 Millionen Arbeitslose zunächst einmal Arbeit finden — dieser Erfolg kann tatsächlich mindestens vorübergehend erzielt werden — und sich brav in alles fügen, was ihnen von oben und vom Osten notverordnet wird?

Was wird der Mittelstand sagen, für den bei diesem ganzen Programm nichts abfällt? Was werden die Wortführer der „Front antikapitalistischer Sehnsucht" sagen? Was werden insbesondere die Führer des radikalen Flügels der Nationalsozialisten *tun* angesichts eines so eindeutig kapitalistischen Programms?

Wenn kein Kampf die Regierung Papen-Schleicher hinwegfegt, dann sind die Aussichten, daß die Krise auf Kosten der herrschenden Klasse überwunden wird, sehr in die Ferne gerückt und die Aussichten auf das völlige Versinken in die Barbarei sehr in die Nähe. Alle großen Bankrotteure, nicht nur die Großagrarier, sondern auch die Schwerindustriellen, sind dann wieder einmal gerettet, wenigstens zunächst für das eine Jahr der Papenschen Hilfsaktion. Papen hofft, danach den Anschluß an eine aufsteigende Weltkonjunktur zu finden. Wenn diese Hoffnung sich erfüllt — sie kann sich nur erfüllen, wenn andere Regierungen minder barbarische Auswege beschreiten —, dann ist in Deutschland die Unterhöhlung der ökonomischen Machtposition der herrschenden Klasse bis zur nächsten Krise überhaupt abgewehrt — bis zur nächsten Krise, die durch Papens Wirtschaftspolitik allerdings unmittelbar vorbereitet wird. Wenn Papens Hoffnungen sich nicht erfüllen, dann stehen wir nach einem Jahr nicht da, wo wir heute stehen. Dann sind — nach der schon vorangegangenen Verschleuderung von Milliarden Mark für Subventionen — nochmals Reserven eingesetzt worden zu einem Rettungsversuch für die herrschende Klasse, und die Arbeiterklasse hat, wenn sie sich endlich zu einer eigenen Wirtschaftspolitik aufrafft, diese Reserven dann nicht mehr zur Verfügung. Ferner würden inzwischen durch die von Papen geplante sehr weitgehende Verwaltungsreform die politischen Machtpositionen der herrschenden Klasse konzentriert und verstärkt sein.

Eine *einige* Arbeiterschaft sollte also *heute* losschlagen und nicht auf irgend ein Morgen warten, an dem ihre ökonomischen und politischen Aussichten höchstwahrscheinlich weit schlechter sind als heute.

Da die Arbeiterschaft heute in Deutschland *nicht einig* ist, so ist die erste Aufgabe im Kampf gegen das Krisenprogramm der herrschenden Klasse: Einigung der ausgebeuteten Klasse.

Fegt erst diejenigen hinweg, die das Zustandekommen der Einheitsfront hindern, dann wird es leicht sein, die Papen-Regierung hinwegzufegen.

Die zähe Fortsetzung des Kampfes gegen alle Saboteure der Einheitsfront — das ist darum der wirksamste Kampf gegen Papen und sein Programm. Das ist der einzige Kampf, den er vermeiden will und den er fürchtet.

Die ersten Auslandsstimmen zu Papens Rede.

Frankreich.

Eine eingehendere Besprechung steht noch aus, zumal sich Papens Rede nur mit din innerpolitischen Fragen Deutschlands befaßte.

Der sozialistische „Populaire" rechnet mit einer Auflösung des Reichstags, die ein neues Kapitel deutscher Geschichte einleiten werde.

Das nationalistische „Echo de Paris" kennzeichnet Papens künftiges Regime als Wiederherstellung altpreußischer Zustände — vor der Aera Bismarcks. Das Ausland sei mit dem Dreigestirn Hindenburg-Papen-Schleicher zufrieden, da es ihm gelungen sei, dem Wahnsinn Hitlers entgegenzutreten. Selbstverständlich warnt das „Echo" Frankreich, an die Aufrichtung Deutschlands durch diese Regierung Friedensillusionen zu knüpfen.

USA.

Alle Blätter drucken die Rede mit großen Schlagzeilen ab. Das Interesse der Amerikaner gilt den Wirtschaftsfragen.

„Herald Tribune" begrüßt Papens Worte zur Sicherung der Währung und hält die Ermutigung der Privatunternehmer für vielversprechend.

England.

Die englische Rechtspresse äußert sich zurückhaltend über die Papen-Rede und spricht von Kühnheit, Mut, Volkstümlichkeit und will im übrigen weitere Einzelheiten abwarten. „Daily Mail" hat gemerkt, daß die jetzige Reichsregierung im Sattel bleiben wolle.

Der „Völkische Beobachter" wendet sich ziemlich grob gegen Papen: „Das deutsche Volk will sein Haus nicht durch Bürokraten einrichten lassen, die 1918 davonliefen, sondern durch Kräfte die ein halbes Menschenalter um seine Fehler gerungen haben und keinen Aufguß überlebter Formen, sondern schöpferische Gestaltung auf allen Gebieten zum Durchbruch bringen."

10000 Tote.

Das Ausmaß der brasilianischen Kämpfe.

Welchen Umfang die wochenlangen Kämpfe der brasilianischen Regierung mit den Aufständischen des Staates Sao Paulo angenommen haben, davon geben die folgenden Zahlen ein Bild:

In Rio de Janeiro schätzt man die Zahl der in diesen Kämpfen Gefallenen auf 10 000, die Verluste der Regierungstruppen seien 4000 Mann, die der Aufständischen 6000. Nach amtlichen Mitteilungen stehen zur Zeit auf seiten der Regierung 20 000 Mann im Kampf, auf seiten der Aufständischen 30 000.

Die osteuropäischen Staaten tagen.

Der Kongreß in Warschau ist am Sonnabend nach vier Tagen abgeschlossen worden. Es scheint, als wenn die polnischen Vorschläge nicht die Zustimmung der übrigen Konferenzmächte gefunden haben. Auf der Konferenz wurden im wesentlichen die Agrar- und Finanzinteressen dieser Länder besprochen.

Einer der wichtigsten Punkte betrifft die Absicht, an die Gläubigerstaaten dieser Länder mit der Forderung heranzutreten, den in Warschau beratenden Regierungen zur Ablösung ihrer Verpflichtungen höhere Ausfuhrkontingente und Vorzugszölle einzuräumen. Untereinander haben diese Regierungen das Projekt eines unbeschränkten Warenverkehrs vorgesehen.

Für die Verbesserung ihrer Finanzen haben sie den Plan gefaßt, sich Anleihen zu verschaffen, die auf den wichtigsten Kapitalmärkten aufgelegt werden sollen. Die Anleihen sollen hauptsächlich einem Bodenreservefonds zugutekommen, aus dem kurzfristige Agrarkredite gegeben werden sollen.

Die ganze Konferenz diente der Vorbereitung der Konferenz von Stresa. Es wurde vorgeschlagen, auch Vertreter Lettlands und Estlands nach Stresa einzuladen.

Der Pariser Korrespondent der „Times" hat das Programm der Konferenz von Stresa ausfindig gemacht.

1. Sicherung neuer Absatzmärkte für die Länder Mittel- und Osteuropas.
2. Untersuchung der Verschuldung dieser Länder und Anpassung der Schuldenlast an die Senkung der Preise.
3. Errichtung eines gemeinsamen Fonds, der den Ländern über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinweghelfen soll, und Herabsetzung der Zinssätze für ihre auswärtigen Schulden.

Von dem Plan der Schaffung des bekannten Tardieuschen Donau-Bundes meldet die „Times" nichts. Aber in einem italienischen Blatt steht zu lesen, daß die jugoslawische Abordnung diesen Plan im Auftrag der französischen Regierung vorlegen würde, woraufhin ein Belgrader Blatt bemerkt, daß Italiens Ablehnung den ganzen Erfolg der Konferenz von Stresa gefährden könnte.

„Die glückliche und geeinte Mannschaft."

Der englische Ministerrat über Ottawa.

Am Sonnabend versammelte sich der englische Ministerrat zum ersten Male nach der Rückkehr der englischen Delegation aus Ottawa. In einigen englischen Blättern wird berichtet, daß die Minister beschlossen hätten, alle infolge der Verträge von Ottawa erforderlichen Gesetzesmaßnahmen in ein einziges Gesetz zu packen, das mit Hilfe des bei MacDonald so sehr beliebten Expreßverfahrens durch das Unterhaus gejagt werden soll. Ueber die Haltung der liberalen Minister, die den neuen Lebensmittelzöllen skeptisch gegenüberstehen, ist noch keine Entscheidung heraus. Vor der Oeffentlichkeit gilt also auch für den Ministerrat das gleiche Wort, das Baldwin über die englische Delegation von Kanada gesagt hat: „Wir waren eine glückliche und geeinte Mannschaft. . . . Es kam nicht darauf an, daß einer das Rennen machte, sondern daß das Rennen überhaupt gemacht wurde."

Im Verlauf der Kabinettssitzung berichtete Thomas über seine Verhandlungen mit den irischen Vertretern in Ottawa. Es wurden noch keine Beschlüsse über ein weiteres Vorgehen gefaßt, da man es anscheinend de Valera überlassen will, den ersten Schritt zu tun. Auch der Weberstreik in Lancashire kam zur Sprache. Die Regierung entschied sich vorläufig für eine abwartende Haltung.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

67)

Copyright by Malik-Verlag 1932

THEODOR PLIVIER.

Und die Menge setzt sich wieder in Bewegung.

Die an der Hauptpost stationierte Wache schließt sich an. Von der Post bis zum herzoglichen Schloß sind es nur fünf Minuten. Die hohen Fensterfluchten liegen im Dunkeln, nur seitlich sind einige Räume erleuchtet geblieben. Das Volk belagert das Gitter, die Gesichter an die Eisenstäbe gedrückt . . .

Auf der weiten Kiesfläche vor dem Schloß ist die Wache angetreten, zwanzig Mann in Paradeuniform. Wie Zinnsoldaten stehen sie in zwei Reihen, am rechten Flügel der Tambour, drei Schritte weiter rechts der Führer.

„Keine Feindseligkeiten!" hat der Herzog befohlen.

Diese Geste geht so weit, daß die Einfahrtstore am rechten und linken Ende des hohen Schloßzaunes auch in dieser Nacht offen geblieben sind. Durch die beiden Tore leckt jetzt die Menge in breiten Zungen auf den Platz.

Die Matrosen verhandeln mit dem Führer.

Die Wache schließt sich der Menge an.

Kurze exakte Kommandorufe: „Stillgestanden! Das Gewehr über! Präsentiert — das Gewehr!"

Die Gewehre gehen an die Schultern hoch, drei weitere Bewegungen, die Soldaten stehen erstarrt im Präsentiergriff, machen die althergebrachte Ehrenbezeugung, nur diesmal nicht vor Seiner Hoheit, dem Herzog, und Ihrer Königlichen Hoheit, der Herzogin, oder vor hohen Besuchern des Hofes, sondern vor dem aufständischen Volk.

Die Matrosen mit den Abgesandten der Demonstration haben sich hinter den Soldaten aufgestellt. Der ehemalige Kapitulant Hermann Rode bemerkt, daß an der Zeremonie noch etwas fehlt — der Tambour rührt die Trommel nicht!

Rode steht hinter dem Tambour:

„Tambour, warum trommelst du nicht?"

Der Tambour trommelt noch immer nicht, erst ein sanfter Fußtritt in den Hintern setzt seine Hände in Bewegung. Und jetzt ist die Zeremonie vollständig: die wirbelnde Trommel, die präsentierten Gewehre, die Rufe des aufständischen Volkes, die an der dunklen Schloßfront hochsteigen bis zu der patinabedeckten Quadriga am First des Hauptportals.

Das Schloß bleibt von den Massen unberührt. Nur der Marstall wird geöffnet, die Wagen und die Pferde des Herzogs herausgeholt und in Dienst genommen.

Für die befreiten Gefangenen, die in ihren dünnen Gefängniskleidern — ein frierendes Häuflein — beieinander stehen und noch immer überrascht und befremdet von dem plötzlichen Getriebe sind, wird eine Geldsammlung veranstaltet. Die eingehende Summe ist nicht groß. Jedermann weiß, daß die Gefangenen damit nicht viel anfangen können. Aber dann wird aus der Menge heraus ein Vorschlag gemacht, der auch die Frage der Unterbringung dieser Opfer der Kriegsjustiz radikal löst.

„Nach dem Parkhotel!" ruft einer.

„Nach dem Parkhotel!" ist die Parole.

Die Gefangenen werden in die beschlagnahmten Wagen hineingesetzt und ins beste Hotel der Stadt gebracht. Eine Abordnung begleitet sie. Die Massen draußen warten, bis man ihnen mitteilt, daß ihre Schützlinge gut untergebracht sind und zu essen und zu trinken bekommen wie jeder andere Gast.

Das Volk hat jetzt den Bahnhof in der Hand. Es hat die Hauptpost besetzt und überwacht den Telephon- und Telegraphenverkehr. Um elf Uhr nachts zieht die Polizei aus den Revieren ab und überläßt auch das Polizeipräsidium den Aufständischen.

Die Bevölkerung kommt noch lange nicht zur Ruhe, noch lange wogen einzelne Züge durch die Stadt.

Ein Trupp kehrt zu dem Gefängnis zurück, um die Insassen der Frauenabteilung herauszuholen, die man vorher vergessen hatte. Auf dem Hagenmarkt und auf dem Kohlmarkt finden noch immer Versammlungen statt. Im Wilhelmsgarten tagt der provisorisch zusammengesetzte Soldatenrat unter dem Vorsitz von August Merges und arbeitet den Aktionsplan für den nächsten Tag aus: Generalstreik, Demonstration von Arbeitern und Soldaten, Absetzung des Herzogs, Ausrufung der Räterepublik.

Am nächsten Tag verläuft alles programmäßig. Die Arbeiter, die teilweise noch in die Fabriken gegangen sind, verlassen sie wieder und folgen der Generalstreikparole. Die sich entwickelnde Demonstration zieht zum Bahnhof, zur Hauptpost, marschiert vor dem herzoglichen Schloß auf und nimmt zuletzt auf dem alten Hagenmarkt Aufstellung. Die Soldaten aus der Husarenkaserne und die Mannschaften der Fliegerabteilung sind zum Volk übergegangen. Aus Hannover und Bremen sind scharenweise Matrosen aufgetaucht.

Ansprachen werden gehalten:

Niederrufe auf das alte System!

Hochrufe auf die junge Freiheit!

Im Wilhelmsgarten sitzt der erweiterte Soldatenrat und formuliert die Abdankung des Herzogs Ernst August von Braunschweig und Lüneburg. Einige Stimmen äußern Bedenken gegen diese Aktion. Aber sie werden von der Mehrheit niedergeschrien. Die Matrosen fordern stürmisch die Urkunde, um sie dem Herzog sofort zu überbringen.

Der Derfflingermann bedrängt den ersten Vorsitzenden:

„August, gib her das Papier. Wir gehen gleich damit los, da wird gar nicht erst lange geredet!"

„Ich komme mit, Alex!"

„Den Herzog setzen wir ab, das wäre doch gelacht!"

Merges, der Führer der Unabhängigen, sieht die Matrosen der Reihe nach an. Die Stimmen gegen die Abdankung haben ihn nachdenklich gemacht. Vielleicht ist doch alles zu schnell gegangen und noch verfrüht. Von Berlin ist immer noch keine Parole zum Losschlagen gekommen, auch die übrigen Teile des Landes, mit Ausnahme der Städte an der Wasserkante, haben nichts von sich hören lassen. Und Merges taucht die Feder noch einmal ins Tintenfaß und macht einen Strich durch seinen Namen, den er schon unter die Urkunde gesetzt hat.

Er führt die Deputation auch nicht an und begnügt sich mit der Erklärung, daß aber auch ein Vertreter der Arbeiter dabei sein müsse.

Ein Eisenbahnarbeiter erklärt sich bereit, mitzugehen.

Die drei Matrosen mit dem Arbeiter brechen auf.

Wie sie herauskommen, fährt gerade ein Lastauto vor, vollbesetzt mit Marinern — von der „Thüringen", von der „Helgoland", vom „Großen Kurfürst", vom „Derfflinger" —, die von Celle herübergekommen sind.

„Wo tagt der Soldatenrat?" fragt der Chauffeur.

„Hier drin, im Wilhelmsgarten!" antwortet der Matrose mit dem Brandmal.

(Fortsetzung folgt.)

Der Landtag hat nichts zu sagen.

Bracht an den Landtag.

Bracht hat sich einem Pressevertreter gegenüber zu dem Beschluß des Gemeindeausschusses des Preußischen Landtages geäußert — dem Beschluß, der die Zusammenlegung der Landkreise ablehnte. Bracht rechtfertigte die Aufhebung von 58 Landratsämtern und 60 Amtsgerichten mit den durch diese Maßnahmen erzielten erheblichen Ersparnissen. Demgegenüber könne die Beachteiligung der Bevölkerung (weite Wege) im Zeitalter des Telephons und der modernen Verkehrsmittel nicht ins Gewicht fallen. Auch ein Beschluß des Landtages — nicht etwa nur des Auschusses — würde die kommissarische preußische Staatsregierung von der Erkenntnis der Notwendigkeit der Maßnahmen nicht abbringen und sie zu einer Aufhebung der Verordnungen nicht veranlassen können.

Welchen Sinn hat bei diesem Standpunkt noch der Artikel 29 der preußischen Verfassung? Darin heißt es unter anderem: „Der Landtag . . . stellt die Grundsätze für die Verwaltung der Staatsangelegenheiten auf und überwacht ihre Ausführung."

Papen teilt Brachts Standpunkt

in der Frage, was der Preußische Landtag gegenwärtig noch zu sagen habe. Das kommt in Papens Antwort auf den Brief des Landtagspräsidenten Kerrl vom 26. August zum Ausdruck:

„Wenn Sie der Auffassung Ausdruck geben, daß die gegenwärtige kommissarische Regierung in Preußen dem Preußischen Landtag verantwortlich sei und daß die Mitglieder dieser Regierung verpflichtet seien, vor dem Landtag zu erscheinen, so vermag ich dieser Auffassung nicht beizutreten. Die kommissarische preußische Regierung leitet ihre Befugnisse lediglich aus der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli her und ist daher für ihre Handlungen nur dem Reichspräsidenten, nicht dagegen dem Preußischen Landtag verantwortlich. Ich kann auch nicht Ihrer Auffassung zustimmen, daß es Pflicht der kommissarischen preußischen Regierung sei, sich lediglich auf die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände und auf die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung zu beschränken. Während der Dauer ihrer Amtsführung üben die Mitglieder der kommissarischen preußischen Regierung vielmehr alle Befugnisse aus, die dem Staatsministerium und den einzelnen Staatsministern nach der preußischen Verfassung und den preußischen Gesetzen zustehen."

Papen betont dann noch, daß das Fehlen einer dem Landtag verantwortlichen Regierung in Preußen auch ihm „ein höchst unerwünschter Zustand" sei; aber die Voraussetzungen für eine Aufhebung der Notverordnung vom 20. Juli seien einstweilen noch nicht gegeben.

Auf Kerrls Antrag, durch eine Reichsnotverordnung die unter Braun beschlossene Geschäftsordnungsänderung des Landtages rückgängig zu machen, damit die parlamentarische Wahl eines Ministerpräsidenten gesichert sei, antwortet Papen: „die beteiligten preußischen Stellen" könnten diese Sache ja durch Herbeiführung einer Entscheidung des Staatsgerichtshofes erledigen; oder der Landtag selber könne sich mit seiner Geschäftsordnung befassen.

Es scheint, daß Hindenburg, Papen und Schleicher fest entschlossen sind, in dem bevorstehenden kritischen Winter ihre Macht nicht dem Wechselspiel parlamentarischer Mehrheitsbildungen und Wahlen auszuliefern. Je mehr infolge des Fortgangs der ökonomischen Krise für die herrschende Klasse sich die Frage auf: „Sein oder Nichtsein?" zuspitzte und zuspitzt, desto mehr sind die Verfassungen auf den beliebig auslegbaren Artikel 48 reduziert worden.

Je zehn Jahre Zuchthaus für zwei Arbeiter.

Nationalsozialistische Belastungszeugen „glaubwürdig", die Entlastungszeugen „unglaubwürdig".

In dem Prozeß wegen der Schießerei in der Weißenburger Straße am 16. August wurde am Sonnabend vom Berliner Sondergericht das Urteil gefällt:

Die Arbeiter Püschel (21 Jahre) und Kopper (28 Jahre) erhielten je zehn Jahre Zuchthaus

wegen schweren Aufruhrs und Beamtennötigung in Tateinheit mit versuchtem Totschlag. Der Steinsetzer Reichardt (36 Jahre) und der Arbeiter Klüh (20 Jahre) erhielten wegen Aufruhrs je ein Jahr Zuchthaus. Die übrigen drei Angeklagten wurden freigesprochen.

In der Urteilsbegründung sagte Landgerichtsdirektor Tolk: Püschel und Kopper seien unzweifelhaft überführt, auf einen Polizeiwachtmeister geschossen zu haben. Den Alibibeweis Koppers, der eine Reihe von Zeugen dafür bestellt hatte, daß er zur Zeit der Ausschreitungen in der Weißenburger Straße am 16. August an einer Geburtstagsfeier teilgenommen habe, hielt das Gericht für mißglückt. Dagegen wurde hinsichtlich der Angeklagten Reichardt und Klüh der Beweis, daß sie selber geschossen hatten, für nicht erbracht erachtet, so daß sie nur wegen Aufruhrs bestraft wurden.

Die „unzweifelhafte Ueberführung" der Angeklagten Püschel und Kopper bestand in den Zeugenaussagen einiger Nationalsozialisten und — gegen Püschel — eines Polizeiwachtmeisters.

Diesen Aussagen standen jedoch ihnen widersprechende gegenüber, nicht nur von Seiten der Angeklagten, sondern auch einer Reihe von Zeugen; z. B. hatten sechs Zeugen ausgesagt, daß Kopper während der fraglichen Zeit bei einer Geburtstagsfeier gewesen sei. Was an diesem Alibibeweis mangelhaft sein sollte, hat der Staatsanwalt am Freitag verraten:

den Entlastungszeugen sei nicht zu glauben.

Eine Aeußerung des Staatsanwalts oder des Gerichts darüber, inwiefern den nationalsozialistischen Belastungszeugen mehr zu glauben sei als den Entlastungszeugen, ist nicht bekannt geworden.

Hier wird also ohne Angabe von Gründen die eine Gruppe von Zeugen vor der anderen bevorzugt.

Bevorzugung ohne Angabe von Gründen ist das kennzeichnende Merkmal der Willkür.

Die Konsequenz, die aus diesen beiden Feststellungen folgt, dürfen wir nicht aussprechen.

Die tägliche Ration Zeitungsverbote.

„Alarm", die Wochenzeitung der Eisernen Front, ist vom Berliner Polizeipräsidenten bis zum 28. September verboten worden. Der Grund für das Verbot ist die Behauptung des „Alarm", daß die linksstehende Bevölkerung als Freiwild der Willkür der Justiz preisgegeben sei.

Auch der kommunistische „Kampfruf" ist bis zum 28. September vom Berliner Polizeipräsidenten verboten worden.

Nazi-Zeitungen verboten.

Die nationalsozialistischen Zeitungen „Nassauer Volksblatt" (Wiesbaden) und „Frankfurter Volksblatt" (Frankfurt/Main) sind wegen eines Artikels über das Beuthener Urteil bis zum 1. September verboten worden.

Die nationalsozialistische Zeitung „Die Volksgemeinschaft" (bekannt durch Mord- und Gumbel-Hetze!) in Heidelberg und ihr Kopfblatt „Hakenkreuzbanner" sind für 10 Tage verboten worden.

Das Reichsgericht bestätigte das Verbot, das der badische Innenminister gegen die Nazizeitung „Der Führer" und dessen Kopfblatt „Der Alemanne" ausgesprochen hatte.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S.14, Lösekitz 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Zentrum soll Farbe bekennen!

Die Kommunisten stellen es vor die Frage, ob es einen Nazi als Reichspräsidenten dem sozialdemokratischen Kandidaten Löbe vorzieht. Kommunistische Reichstagsfraktion und ZK der KPD haben nämlich beschlossen, im zweiten Wahlgang unter Umständen für Löbe zu stimmen. Sie werden im ersten Wahlgang für ihren eigenen Kandidaten stimmen. Sollte in diesem Wahlgang der nationalsozialistische Kandidat durch das Verhalten des Zentrums nicht gewählt werden, so wollen die Kommunisten im zweiten Wahlgang ihre Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten abgeben, um die Wahl eines Nationalsozialisten zum Reichstagspräsidenten zu verhindern. In dem Beschluß wird weiter gesagt, daß die kommunistische Partei durch diese Maßnahme nicht im mindesten ihren Kampf gegen die Führer der Sozialdemokratie abzuschwächen gedenke und daß sie bei dieser Gelegenheit erneut die Dienste brandmarken werde, die Löbe im vergangenen Reichstag für die Notverordnungsdiktatur und die Zerschlagung der letzten Rechte der Werktätigen geleistet habe.

*

Immerhin: Löbe wird gegenüber dem Nazi als das kleinere Uebel anerkannt.

Wahrscheinlich wird aber aus der Sache nichts werden, da das Zentrum, seiner gegenwärtigen Koalitionspolitik entsprechend, voraussichtlich mit den Nazis gehen und das kommunistische Angebot mit dem billigen Hinweis ablehnen wird, daß nach parlamentarischem Brauch die stärkste Fraktion den Präsidenten zu stellen habe.

KP, SP und Zentrum würden eine Mehrheit bilden. NSP plus Zentrum bekanntlich ebenfalls.

Klara Zetkin ist seit einigen Tagen in Berlin. Die kommunistische Reichstagsfraktion teilt eine Aeußerung Klara Zetkins mit: daß sie es heute mehr denn je als notwendig erachte, alle persönlichen Bedenken und Mühsale des Alters hintanzustellen und überall die revolutionäre Pflicht zu erfüllen. Sie werde trotz der nationalsozialistischen Drohungen jede polizeiliche Schutzmaßnahme während der Ausübung ihres Amtes als Alterspräsidentin des Reichstages schärfstens ablehnen.

Zur Polizeiaufsicht über das „Reichsbanner",

wie sie durch ein Rundschreiben des Berliner Polizeipräsidenten an die Landeskriminalstellen angeordnet worden war, hat sich das Berliner Polizeipräsidium jetzt geäußert. **Die Ausreden: die Kartothek beim Polizeipräsidium müsse ergänzt werden, das Schreiben bleibe im Rahmen der üblichen** Anweisungen über Beobachtung politischer Verbände — unterstreichen den Eindruck, den der Leser des Rundschreibens sofort hat: man braucht Material gegen das „Reichsbanner" — für alle Fälle. Der Polizeipräsident schließt seine Erklärung mit der weisen Bemerkung, daß das Schreiben anscheinend durch eine Indiskretion an die Oeffentlichkeit gekommen sei.

Die Wirtschaftspartei in Württemberg hat sich aufgelöst. Der Landesvorstand ist den Deutschnationalen beigetreten.

Spanische Katholiken im Kampf um die Schule.

Der Bischof von Barcelona hat kürzlich in seinem Bischofshof eine Konferenz aller an der Schule interessierten katholischen Organisationen einberufen.

Das Ergebnis der Konferenz: Es wurde ein Sekretariat für die katholische Schule geschaffen, dem eine Reihe von Unterkomitees unterstehen: für Propaganda, für Religionsunterricht, Pädagogik, Schulhygiene, Rechtsberatung u. s. w. In Barcelona haben sich sofort 150 Schulen dem Sekretariat angeschlossen.

In einem Land wie Spanien, in dem das Schulwesen, vor allem das staatliche Schulwesen, noch so wenig ausgebaut ist, haben diejenigen Gruppen, die unter dem Einsatz einer hinreichenden Organisation und der nötigen Geldmittel Einfluß auf die Schulen zu gewinnen suchen, große Chancen. Die katholische Kirche hat beides, Geld und eine Organisation, und ist bereit, es einzusetzen, um sich durch ihre Leistung auf allen Gebieten des Schullebens unentbehrlich zu machen und den verlorengegangenen Einfluß zurückzugewinnen. Gerade in diesen Leistungen, zu denen die Kirche dank der ihr zur Verfügung stehenden Hilfsmittel in der Lage ist, besteht die größte Gefahr für die Freiheit des spanischen Volkes: Gesunde Schulräume und sorgfältig ausgebildete Lehrer, so wünschenswert sie an sich sind, werden zu teuer bezahlt, wenn sie dazu dienen, die Befreiung eines Volkes von der Autoritätsherrschaft der Kirche zu unterbinden.

Streikbrecherkohlen für Belgien.

Die Haldenbestände in Belgien waren während der Teilstreiks im Juli bereits von 4,1 auf 3,6 Millionen Tonnen zurückgegangen. Nach einer Schätzung haben sie seit dem Einsetzen des Generalstreiks (am 7. August) bis zum 25. August auf 2,4 Millionen Tonnen abgenommen. Daraus ergibt sich eine wesentliche Erleichterung für die Zechen, die einen Teil ihrer Bankkredite aus dem Erlös der Haldenkohlen abdecken können.

Die belgischen Zechenherren rechnen offenbar nicht mit einer sehr langen Streikdauer. Denn auf ihre Veranlassung sind während des Streiks deutsch-belgische Verhandlungen über die deutschen Kohlenlieferungen nach Belgien geführt worden, in denen die Belgier eine wesentliche Herabsetzung der deutschen Kohleneinfuhr erreicht haben. Vom 1. Oktober an sollen nur noch 45 Prozent statt wie bisher 55,6 Prozent des Monatsdurchschnitts vom ersten Halbjahr 1931 eingeführt werden. Unter Berücksichtigung zusätzlicher Bestimmungen wird das Ergebnis sein, daß die belgische Kohleneinfuhr aus Deutschland monatlich um 50 000 Tonnen auf 181 000 Tonnen zurückgeht. Durch den Vertrag wird außerdem die belgische Kohlenförderung mit der deutschen derart verkoppelt, daß — entsprechend früheren Vereinbarungen — bei einer deutschen Förderungsherabsetzung auch in Belgien eine Minderung der Fördermenge stattfindet.

Als Gegenleistung für die Verringerung des belgischen Kohleneinfuhrkontingents wird die belgische Regierung die Befreiung einiger Waren von der Zollbildung im deutsch-belgischen Handelsvertrag von 1925 zugestehen. Vor allem aber ist geplant, aber noch nicht festgelegt, daß die belgische Regierung der deutschen Wirtschaft Aufträge zuführt zum Ausgleich für die ausgefallenen Kohlenlieferungen.

Dies ist vorläufig das Ergebnis der Verhandlungen zwischen belgischen und deutschen *Kapitalisten* beziehungsweise den im Einvernehmen mit ihnen handelnden Regierungsvertretern. Sie haben ein Abkommen auf weite Sicht getroffen zur Hochhaltung der *Kohlenpreise*.

Was tun die deutschen Bergarbeiter zur Hochhaltung der belgischen *Kohlenarbeiterlöhne*? Warum fassen sie nicht den Beschluß, während des belgischen Streikes das Ausfuhrkontingent für Kohle nach Belgien auf 0 Prozent festzusetzen? Ist das solidarische Vorgehen der deutschen und belgischen Kohlen*kapitalisten* gegen die Kohlen*verbraucher* noch immer nicht Anlaß genug für ein solidarisches Vorgehen der deutschen und belgischen Kohlen*arbeiter* gegen die Kohlen*kapitalisten*?

Vom Amsterdamer Weltkongreß.

Solange nur Meldungen bürgerlicher Telegraphen-Agenturen vorliegen, beschränken wir uns auf die Wiedergabe einiger Tatsachenfeststellungen:

Es sind fast 2000 Vertreter aus 35 Ländern anwesend.

Nicht anwesend sind die russischen Genossen, da sie keine Einreiseerlaubnis erhalten haben. Auch Klara Zetkin fehlt (sie ist bereits in Berlin); Einstein, Heinrich Mann und, wie es scheint, auch Romain Rolland sind nicht erschienen. Rolland ist leidend.

Im Präsidium sitzen außer Barbusse der Pazifist Schoenaich, Helene Stöcker, Münzenberg, der französische Kommunist Cachin, der frühere Präsident des Allindischen Kongresses Patel. Den Vorsitz führt der Italiener Miglioli.

Barbusse hielt die Einleitungsrede, in der er die Unabhängigkeit des Kongresses von Parteien hervorhob und die Notwendigkeit, praktische Vorschläge zur Abwehr des Krieges zu machen.

Am Sonnabend sprachen nach Barbusse: Patel, Karin Michaelis, ein Arbeiter von Krupp, ein Vertreter von Indochina.

Am Sonntag sprachen, soweit bisher gemeldet wurde, Cachin, Münzenberg, Rosenfeld von der SAP, der an dem gleichzeitig stattfindenden Kongreß der Unabhängigen Sozialistischen Partei Hollands teilnimmt.

Das japanische Doppelgesicht.

Während die Kämpfe um Mukden ununterbrochen fortgehen, hat die japanische Regierung beschlossen, den Admiral Nomura zu einer „Friedensmission" nach Washington zu entsenden.

Weitere russisch-französische Verhandlungen.

Am Sonnabend empfing der russische Außenkommissar, Litwinow, den französischen Botschafter in Moskau zu einer längeren Unterredung. Wie es heißt, wurde auch hier über die Frage des Nichtangriffspaktes und der Wirtschaftsbeziehungen verhandelt.

Vom Kampfplatz der Arbeit.

In Lancashire.

Am Sonnabend vormittag, Punkt 11.30 Uhr, legten fast sämtliche Weber und Weberinnen Lancashires die Arbeit nieder.

In Burnley streiken die Weber nun schon seit mehr als fünf Wochen. Während dieser Zeit hat die Gewerkschaft 72 000 Pfund an Streikgeldern ausgezahlt. Fast die ganze Stadt liegt still durch den Streik, da Burnley völlig von der Baumwollindustrie beherrscht ist. Nachdem die in der vergangenen Woche ausgebrochenen Unruhen beigelegt worden sind — die aus Manchester und Liverpool zum Schutze von Streikbrechern herbeigeholte Polizei ist fast restlos wieder abgereist —, ist nicht mehr viel Bewegung unter den Arbeitern. Die Not ist in vielen Familien groß, besonders bei den Unorganisierten, die keinen Pfennig Unterstützung bekommen. Aber auch die Gewerkschafter, die einen niedrigen Satz in dem Streikfonds gezahlt haben, erhalten nur 5 bis 12 Shilling (1 Shilling rund 0,70 M) die Woche. Der höchste Unterstützungssatz ist 19 Shilling. Aber trotz der herrschenden Not ist von einer Rückkehr zur Arbeit nichts zu merken.

Der Spinnerverband hat angekündigt, daß er innerhalb der nächsten zehn Tage eine Streikabstimmung veranstalten wird. Es wird interessant sein, festzustellen, ob die Spinner solange Geduld haben werden, oder ob die Streikbewegung bei ihnen schon vor dem Beschluß der Gewerkschaft einsetzen wird.

In Belgien.

Der Nationalausschuß des belgischen Bergarbeiter-Verbandes hat die Weiterführung des Streiks beschlossen, da die deutsch-belgischen Kohlenverhandlungen nicht zu dem Ergebnis geführt haben, daß die Kohleneinfuhr nach Belgien merklich eingeschränkt wird. Hier besteht sozusagen ein Kartell der belgischen Gewerkschaften und Unternehmer gegen die Arbeiter und Unternehmer in den Kohlenexportländern.

In den Vereinigten Staaten.

Wie wir berichteten, haben streikende Bergarbeiter im Staate Illinois einen Marsch nach der Stadt Taylorville unternommen, **um Streikbrecher aus den Gruben herauszutreiben. Dieser Marsch hat zu keinen schweren Zusammenstößen geführt (obwohl Militär mit Flugzeugen, Tränengas und Karabinern zum Schutze der Streikbrecher eingesetzt worden war), aber der gewünschte Erfolg der Aktion ist auch ausgeblieben.**

Einen ähnlichen Marsch haben jetzt die streikenden Bergleute in Franklin County, einem anderen Teil des Staates Illinois, unternommen. Acht Züge von Automobilen, die 10 000 bis 15 000 Arbeiter befördern, bewegen sich der Stadt Benton zu. Wenn die Streikenden genügend Automobile auftreiben können, wird erwartet, daß der Zug bald 30 000 Arbeiter umfassen wird. Diese Aktion kann zu schweren Kämpfen führen. Franklin County ist dafür bekannt, daß Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Polizei häufig vorkommen. Die Behörden rüsten schon für die Ankunft der Bergarbeiter: sie fordern von der Bevölkerung, den Zugang zu der Stadt unmöglich zu machen. Außerdem sollen Aerzte in Hilfsbereitschaft sein, allerdings nur für die Opfer „auf unserer Seite"! Der Ku Klux Klan fehlt natürlich nicht im Kampf gegen die Arbeiter.

Das bei der amerikanischen Polizei so beliebte Tränengas wird auch im Kampf gegen die Farmer angewandt, die für eine Erhöhung der Preise von Agrarprodukten im Streik stehen. Die Farmer haben auf diese Behandlung mit der Zerstörung von Lastwagen, die Milch und Fleisch beförderten, geantwortet.

Sieg der Metallarbeiter bei Axien.

E. K. **Hamburg**, 28. August.

Wir wir schon berichteten, hatte die Zahnradfabrik Axien in Hamburg-Altona ihre gesamte Belegschaft aus-gesperrt, weil diese nicht bereit war, den von der Betriebsleitung diktierten Lohnabbau von 25 bis 30 Prozent anzunehmen. Nun ist die

Aussperrung mit einem vollen Sieg der Belegschaft beendet worden.

Vor sechs Wochen gab die Betriebsleitung bekannt, daß **der gesamte Lohn auf 95 Pf. pro Stunde herabgesetzt worden sei.** Ob Dreher, Former oder einfacher Metallarbeiter, alle bekamen von da ab nur 95 Pf. Eingeschüchtert durch die drohende Arbeitslosigkeit, ließ die Belegschaft den Lohnraub zu. Herrn Axien war das aber noch nicht genug. Aufgemuntert durch den ersten Erfolg holte er zum zweiten Schlage aus. Kaum waren drei Wochen verstrichen, da erschien eine neue Bekanntmachung: Der Stundenlohn beträgt von nun ab nur noch *85 Pf.* für alle. Da war die Geduld der Arbeiter zu Ende. „Für 85 Pf. soll ich nun arbeiten? Und dann nur drei Tage in der Woche! Nein! Dann gehe ich lieber Stempeln!" sagte mir ein Arbeiter. Berücksichtigt man dabei, daß einige Arbeiter ihren Restlohn vom *Januar jetzt erst ausbezahlt erhielten*, so erhält man ein Bild von den Zuständen bei Axien. Die Belegschaft, die bei normalen Zeiten 120 Mann stark ist, ist jetzt auf 12 herabgesetzt. Außerdem beschäftigt Axien *21 Lehrlinge*. Auch ihr Stundenlohn wurde abgebaut: für das erste Lehrjahr von 18 auf 10 Pf., für das zweite von 18 auf 13 Pf., für das dritte von 26 auf 18 und für das vierte von 33 auf 22 Pf.

14 Tage lang dauerte die Aussperrung. Dann verhandelte die Firma mit dem freigewerkschaftlichen Betriebsrat. Der Erfolg:

Axien mußte den jetzigen Lohnabbau von 85 Pf. und den früheren von 95 Pf. zurücknehmen und z. T. den alten Lohn von früher und darüber hinaus bezahlen.

Für die Former kam dabei noch eine Lohnerhöhung von 1,06 M auf 1,10 M heraus.

Die Wachsamkeit der Arbeiter hat es **verhindert, daß** bei Axien der Betrieb nicht mit Hilfe der SA und der NSBO aufrecht erhalten wurde. Die Firma hat eine völlige Niederlage erlitten.

Wieder kommunistische Selbstkritik an ihrer Gewerkschaftsarbeit.

Von Fritz Grob.

Der Wahlsieg der KP am 31. Juli hat die KP von dem Druck befreit, unter dem sie seit ihrer Wahlniederlage am 24. April bei der Wahl zum preußischen Landtag stand. Diesem und parlamentarischen Erfolg steht aber gegenüber die Enthüllung der völligen außerparlamentarischen Machtlosigkeit, die der 20. Juli, der Tag der Absetzung der Preußenregierung, gebracht hat. Der Massenstreikparole der KP wurde nicht die geringste Gefolgschaft geleistet. Die Bedeutung dieser Tatsache wird erst richtig klar, wenn man bedenkt, daß die kommunistische Politik im Jahre 1928 eine Schwenkung machte zum verschärften Kampf gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, um zur *selbständigen Führung* von Kämpfen zu kommen; zu Kämpfen, die schließlich dazu führen sollten, daß die SP[illegible] so der SPD-Block in den Schatten der KP-Politik geraten sollte.

Daß diese Politik völlig gescheitert ist, das haben schon die mißglückten Versuche zur Auslösung von RGO-Streiks gezeigt. Aus dem Scheitern dieser Politik folgen zwei Lehren von größter Bedeutung für den gegenwärtigen Kampf der Arbeiterschaft.

Erstens: Wenn man die SP-Arbeiter für den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus gewinnen will, so kann das nicht geschehen durch Kampf gegen ihre Partei und ihre Führer,

sondern durch eine ehrliche Einheitsfront mit ihnen, natürlich bei Wehrung des Rechts einer sachlichen Kritik dieser Politik.

Zweitens: Nachdem die RGO-Politik gescheitert ist, muß sie restlos liquidiert werden,

da sonst nicht einmal ein gewerkschaftlicher Kampf gegen den Lohnabbau zu stande kommt, da das Mißtrauen der SP-Arbeiter gegen die Spaltungspolitik der RGO bestehen bleibt und alle kampfgewillten Gewerkschaftskollegen als Kommunisten und Gewerkschaftsspalter beschimpft werden, statt daß sie angehört werden und ihrem Rat gefolgt wird.

Die Enthüllung der außerparlamentarischen Schwäche der KP am 20. Juli ist nun auch Gegenstand der Beratung der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD gewesen. Darüber schreibt Walter Ulbricht in der „Roten Fahne" vom 20. August, daß die Ursache die schlechte Gewerkschafts- und Betriebsarbeit ist. „Diese Lehre des 20. Juli muß für unsere Partei und für die RGO ein ernstes Signal sein, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, um die Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen für die Einheitsfront, für die Antifaschistische Aktion, für den gemeinsamen Kampf gegen Lohnabbau, Zerschlagung der Sozialversicherung und gegen faschistische Diktatur zu gewinnen."

Ulbricht enthüllt die ganze Schwäche der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit.

Bei Ueberprüfung der Fortschritte der Antifaschistischen Aktion in den Betrieben und Gewerkschaften in Berlin-Brandenburg zeigte sich, daß die Schaffung einer oppositionellen Bewegung in den Gewerkschaften völlig vernachlässigt wurde. (Unter den Augen der Bezirksleitung seit 4 Jahren! Redaktion!) Das kommt u. a. organisatorisch darin zum Ausdruck, daß nur in 36 Betrieben Einheitsausschüsse bestehen, nur einem Teil der Masseneselbstschutzformationen Gewerkschaftsmitglieder angehören, in nur wenigen Verbänden neben der RGO eine Oppositionsbewegung besteht und nur in Ausnahmefällen den Erwerbslosenausschüssen Gewerkschaftsmitglieder angehören. Zum Beispiel in einigen Branchen des Gesamtverbandes, bei der Müllabfuhr, in den Gaswerken u. s. w. gibt es wohl RGO-Mitglieder aber keine planmäßige Beeinflussung und Erfassung der übrigen oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder. Im Baugewerksbund sind von etwa 22 000 Mitgliedern in Berlin nur wenige oppositionelle erfaßt. Von den etwa 25 000 erwerbslosen Mitgliedern des DMV in Berlin sind vielleicht 250 erfaßt. Bei den erwerbslosen Mitgliedern anderer Gewerkschaften sieht es nicht viel anders aus. Die Tatsachen zeigen, daß die Kommunisten und RGO-Mitglieder wohl eine gewisse innergewerkschaftliche Arbeit leisten, aber nicht im geringsten verstanden haben, die Oppositionsstimmung der Masse der Gewerkschaftsmitglieder zu einer breiten Oppositionsbewegung zu entwickeln und für die Unterstützung der revolutionären Gewerkschaftspolitik zu gewinnen. Diese Abgeschlossenheit kam auch darin zum Ausdruck, daß bei der Vorbereitung der Generalversammlung des DMV, ähnlich wie bei der Vorbereitung der Oppositionskonferenz für die Mitglieder des Gesamtverbandes, keinerlei Material für die Masse der Gewerkschaftsmitglieder herausgegeben wurde. Material erhielten lediglich unsere Funktionäre. Selbst dort, wo es den Anfang einer Oppositionsbewegung gibt, war diese nicht eingestellt auf die Beeinflussung der ganzen Masse der Gewerkschaftsmitglieder. Aehnliche Tatsachen sind in der Erwerbslosenbewegung zu verzeichnen, wo nur wenigen Ausschüssen Gewerkschaftsmitglieder angehören und wo wir noch nicht versucht haben, [illegible] die erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder systematisch zu erfassen und zu beeinflussen. Auch die geringe Verbreitung der RGO-Presse spiegelt diese teilweise Abgeschlossenheit wider. Es kommt hinzu, daß in den Erwerbslosenzeitungen, in den Zeitungen für die Arbeiterinnen wie in der gesamten Durchführung der Antifaschistischen Aktion *die gewerkschaftlichen Fragen nur nebensächlich behandelt wurden.*

Man fängt immer wieder von vorn an.

„Die Vernachlässigung der Kampfmobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder setzt eine gründliche Kampagne in der Partei und RGO über die Aufgaben der kommunistischen Fraktionen und den Inhalt und die Methoden der Oppositionsbewegung in den Gewerkschaften voraus."

Und weshalb? Man höre von den Kinderkrankheiten.

„Eine breite Gewerkschaftsopposition kann aber nur dann geschaffen werden, wenn die oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder in der Gewerkschaft bleiben und nicht etwa vor der Gewerkschaftsbürokratie davonlaufen . . . Es muß also Schluß gemacht werden mit dem Hinauslaufen oppositioneller Gewerkschaftsmitglieder aus den reformistischen Gewerkschaften. Mit Recht hat die Bezirksleitung beschlossen, daß jene zwei roten Betriebsräte, die aus der Gewerkschaft ausgetreten sind, sofort wieder eintreten sollen, anderenfalls sie nicht mehr ihre Funktion als rote Betriebsräte behalten können."

Es muß also Schluß gemacht werden mit dem Schimpfen auf die Gewerkschaften und ihre Führer, damit den Funktionären die Gewerkschaften nicht verleidet werden.

Es muß Schluß gemacht werden mit den Roten Gewerkschaften, der RGO und der ganzen Fraktionspolitik, damit überhaupt erst wieder eine Atmosphäre des Vertrauens entsteht, die Mitglieder wieder in die Versammlungen kommen (wo heute nur vorwiegend SPD-Funktionäre erscheinen) *und vertrauensvoll über Kampfmaßnahmen beraten werden kann. Dieser Erkenntnis sich zu öffnen, ist der erste Schritt revolutionärer Politik.*

Achtung! Gartenbesitzer!

Lassen Sie Ihr Obst zu naturreinem Saft (Süßmost) verarbeiten, dann haben Sie während des ganzen Jahres immer frisches Obst in flüssiger Form.

Aufklärende Prospekte kostenlos durch

Frischkost-Obstverwertung
MAGDEBURG
Otto-von-Guericke-Str. 104

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987
29. August: Jaques Feyder: Die neuen Herren mit Albert Préjean
Ab 30. August: 3 Komiker
Charlie Chaplin in „Charlie arbeitslos"
Buster Keaton in „Casanova wider Willen"
Harold Loyd
Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schatullen/Schränke
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!
Otto Pfotenhauer, Weimar, Röhrstr. 40.

Deutschland auf dem Wege zum offenen Faschismus?

Welchen Terrormaßnahmen die Arbeiterschaft unter dem offen regierenden Faschismus ausgesetzt ist, das zeigt Bulgarien. Wer die Tatsachen über den Faschismus in Bulgarien noch nicht kennt, der lese die Schrift:

Die Henker.
Von Henri Barbusse.
143 Seiten. / Mit zwei Landkarten. / Broschiert 2,50 Mark.

„Ein sachlicher, gerade durch seine Nüchternheit erschütternder Bericht von dem Verwaltungs- und Justizterror, der heutzutage in manchen Balkanstaaten herrscht."
„Berliner Börsen-Courier", Nr. 234, vom 20. 5. 1927.

„Die ‚Henker' gehören in die Hände der Jugend, sie gehören in die Hände eines jeden denkenden und ehrlichen Menschen."
„Die Welt am Abend", Nr. 115, 1927.

Verlag „Oeffentliches Leben", Berlin S14, Inselstr. 8a.
Postscheckkonto Berlin 313 42

Papens Rede an seine Freunde.

Papen stellt sich vor . . .

1. als Westfale.

Sie haben mich hierher gerufen als ein altes Mitglied des Westfälischen Bauernvereins und zugleich als den Leiter der deutschen Reichsregierung, die auf dem Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten beruht. Ich danke Ihnen, daß Sie mir Gelegenheit geben, hier zu bekennen, daß ich mich auch in meinem jetzigen Amte nicht von den Kräften des Heimatbodens lösen will, daß mir im Gegenteil daran liegt, aus der mütterlichen Erde neue Kräfte zu gewinnen, um dem ganzen Volke und dem großen gemeinsamen deutschen Vaterlande zu dienen.

2. als Konservativer.

Wir wollen den Grund legen für einen Neubau des deutschen Staates. Sie, die westfälischen Bauern, und ich, wir sind keine Revolutionäre, und wir sind nicht reaktionär. Wir fühlen uns innerlich gebunden an Scholle und an Heimat. Wir erkennen vielmehr an, daß wir

dienende Glieder in einer von Gott gegebenen Ordnung

sind. (Bravo!) Das nenne ich konservative Gesinnung (Erneute Bravorufe). Eine solche Gesinnung, meine Freunde, beruht im Glauben an Gott. Der konservative Mensch unterwirft sich gläubig den bleibenden Ordnungen des natürlichen Seins, wie sie in Familie, in Volk und im Staate gegeben sind. Wirtschaften, sei es in privater, sei es in öffentlicher Verantwortung, soll deshalb

nicht dem Eigennutz, sondern dem Gemeinnutz dienen.

Konservative Gesinnung, meine Freunde, fordert eine Staatsgewalt, die auf Autorität begründet ist. (Lebhafter Beifall und Bravorufe) Sie muß stark und unabhängig sein, damit von ihr Gerechtigkeit ausgehen kann.

3. als Hüter des Rechts.

Den Urteilen in Ohlau und Beuthen ist von rechts und von links ein Sturm gegen die gleichmäßige Handhabung des Rechts gefolgt. Beide Seiten verlangen, den politischen Gegner außerhalb der Volksgemeinschaft und außerhalb des Rechts zu stellen. Im politischen Kampf soll Totschlag und Rache erlaubt, der Gegner vogelfrei sein. Objektivität gilt als Schimpf. Solcher Verwilderung der politischen Moral entgegenzutreten, ist die Pflicht der Staatsgewalt.

Ich kenne kein Recht, das nur das Kampfmittel einer Klasse oder einer Partei ist.

Das ist eine marxistische Auffassung, die ich ablehne, auch wenn sie von den Nationalsozialisten ausgesprochen wird. (Beifall.) Denn sie schlägt jeder deutschen und christlichen Rechtsauffassung ins Gesicht. Ich bekenne mich zu dem Glauben an alte Rechtsformen, aus denen auch der alte preußische Grundsatz geformt ist: Jedem das Seine! Die Zügellosigkeit, die aus dem Aufruf des Führers der nationalsozialistsichen Bewegung spricht, paßt schlecht zu den Ansprüchen auf die Staatsführung. Ich gestehe ihm nicht das Recht zu, die Minderheit in Deutschland, die seinen Fahnen folgt, als die Deutschen und alle übrigen Volksgenossen als Freiwild zu behandeln. Wenn ich heute

gegen Hitler und für den Rechtsstaat

eintrete, so verfolge ich, und nicht er das Ziel, das Millionen seiner Anhänger im Kampfe gegen die Parteiherrschaft, gegen Willkür und Ungerechtigkeit jahrelang mit heißem Herzen herbeigesehnt haben.

4. als Freund der Nationalsozialisten.

Die Regierung hat vom ersten Tage an das Ziel verfolgt, der großen vaterländischen Freiheitsbewegung, deren historisches Verdienst um Deutschland jedermann anerkennen muß, den Weg zur positiven Mitarbeit am Neubau des Reiches freizumachen. Ich kann nicht glauben, daß diese große deutsche Freiheitsbewegung sich auf die Dauer in bewußt schroffem Gegensatz zu den Zielen einer Regierung stellen wird, deren Gedanken nur und ausschließlich auf Deutschlands Zukunft gerichtet sind.

5. als Krieger gegen den Bürgerkrieg.

Ich greife der Entscheidung über das Schicksal der fünf zum Tode Verurteilten nicht vor. Aber ich sage, die Anerkennung des gleichen Rechts, das für alle deutschen Statsbürger gilt, werde ich nötigenfalls erzwingen. Ich bin fest entschlossen, die schwelende Glut des Bürgerkrieges auszutreten und den Zustand politischer Unruhen und politischer Gewalttaten zu beenden, der heute noch ein so großes Hindernis für die positive Arbeit ist, in der die eigentliche Aufgabe der Reichsregierung beruht.

Der „Born der Nation".

Nicht nur Agrarpolitik!

Selbstverständlich wird die Regierung der Landwirtschaft, die der Born ist, aus dem die Nation immer erneut sich moralisch und wirtschaftlich verjüngen muß, mit allen Kräften helfen. Aber die Erfahrungen langer Jahre haben uns gezeigt, daß einseitige Hilfe wenig nützt.

Die Landwirtschaft, meine Freunde, läßt sich nicht allein von der Zollseite her beleben.

Ihre Fragen sind nicht zu lösen nur und ausschließlich von der Seite der Einnahmen oder der Ausgaben. Ihr Schicksal ist vielmehr mit dem der deutschen Gesamtwirtschaft untrennbar verbunden, und nur von einer Belebung unserer gesamten Wirtschaft her kann eine dauernde und wirkungsvolle Belebung der Landwirtschaft kommen.

Gegen Autarkie — für Agrarautarkie.

Die Reichsregierung hat es schon so oft ausgesprochen, daß die verständnisvolle Förderung des Binnenmarktes die erste Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft bedeutet. Sie lehnt den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie deshalb ab, weil Deutschland nicht auf seine Weltwirtschaftsbeziehungen verzichten kann und weil es jede Arbeitsgelegenheit ausnutzen muß, die ihm der Auslandsmarkt auch heute noch bietet. Aber die Grundlagen der Ernährung müssen im Binnenlande sichergestellt werden, und sie beruhen eben nur auf der Herstellung der Rentabilität. Ich kann versichern, daß sich die Reichsregierung grundsätzlich zu der Notwendigkeit einer weiteren maßvollen Regelung der Einfuhr bekennt und daß sie dahingehende Beschlüsse gefaßt hat. (Bravo!)

Das konstruktive Programm.
Gegen sinkende Preise.

Es ist selbstverständlich, daß wir jedes Mittel orgreifen müssen, das uns dazu verhilft, diese ungeheure Not zu überwinden. Diese Not, meine verehrten Freunde, die bei uns aus der Schrumpfung der Wirtschaft, aus der bisher unaufhaltsam fortschreitenden Deflation, d. h. dem Absinken der Preise, hervorgegangen ist, findet ihren furchtbaren Ausdruck in der Arbeitslosigkeit. Wenn diese Deflation nicht beendet werden kann, so sind weitere Verluste des Privatunternehmertums und der öffentlichen Wirtschaft nicht aufzuhalten. Wir müssen deshalb den Versuch machen und ihn sofort machen, das Steuer grundsätzlich herumzuwerfen.

Keine Währungsexperimente, keine Eingriffe in die Privatwirtschaft!

Unsere Währung darf nicht gefährdet werden. Wir wollen auch keine Abwertung der deutschen Mark.

Getreu unseren Grundsätzen konservativer Staatsführung nehmen wir die Verhältnisse, wie sie heute sind, um durch ein organisches Programm die in unserem Wirtschaftsleben noch lebendigen Kräfte neu zu stärken. Die wesentlichste dieser Kräfte ist die persönliche private Initiative. Aus dieser Ueberzeugung heraus lehnt die Reichsregierung infolgedessen alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft ab. (Bravo!) Es wäre wahrlich an der Zeit, daß auch wir uns daran erinnerten, daß seit der Konferenz von Lausanne wieder die Früchte unserer Arbeit uns selber zufallen.

Nicht nur kleine Mittel!

Papen setzt auseinander, daß Notstandsarbeiten und unmittelbare Arbeitsbeschaffung aus Steuermitteln, freiwilliger Arbeitsdienst, landwirtschaftliche Siedlung, Vorstadt-Kleinsiedlung weiter geführt werden sollen in dem bereits bekannten Rahmen, daß es aber mit Hilfe dieser Mittel allein nicht gelingen würde, das wünschenswerte Ausmaß einer Verminderung der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Er fährt fort:

Die Regierung ist daher entschlossen, im großen Rahmen den Versuch zu machen, durch eine Belebung der Privatwirtschaft zur Neueinstellung von Arbeitskräften und zur Verminderung der Zahl der Arbeitslosen zu gelangen. Wir gehen bei unseren Ueberlegungen davon aus, daß eine Reihe von wichtigen Anzeichen darauf hindeuten, daß das längste Stück des Weges, der uns zur Krise führte, nunmehr zurückgelegt ist. In dem gegenwärtigen voraussichtlich nicht allzu weit vom Ende entfernten Stadium der Krise kann man erwarten, daß jeder Einfluß zur Belebung der Wirtschaft mit einiger Wahrscheinlichkeit dazu beitragen wird, die natürliche Fortsetzung in einem tatsächlichen Aufschwunge der Wirtschaft zu finden.

Der Ansatzpunkt: Instandsetzung des Produktionsapparates.

Deutschlands gesamter Produktionsapparat muß zunächst einmal instand gesetzt werden, um an dieser Belebung teilzunehmen. Es hat sich ein ungeheurer Bedarf an Erhaltungs- und Notstandsmaßnahmen aufgestaut, der in die Milliarden geht. Es muß der erste Schritt sein, daß die gesamte Wirtschaft die Mittel erhält, dieses Versäumnis nachzuholen. Das ist dann gleichzeitig der erste Schritt der neuen Belebung. Dadurch wird eine Neueinstellung von Arbeitern in größerem Umfange möglich, und es werden gerade die mittleren und die kleineren Betriebe, deren ureigenste Domäne die Ausführung derartiger Arbeiten darstellt, als erste von der Belebung Nutzen ziehen. Von diesem Punkte aus soll der Versuch gemacht werden, den Wirtschaftsprozeß in größerem Umfange zu beleben.

2,2 Milliarden Mark Steueranrechnungsscheine.

Der Einsatz, der für diesen Zweck zu machen ist, muß genügend groß gewählt werden, damit die beabsichtigte Wirkung eintritt. Dieser Einsatz, meine Freunde, wird sich auf eine Summe von mehr als zwei Milliarden Mark belaufen, und zwar über diejenigen Summen hinaus, die für Notstandsarbeiten und Arbeitsbeschaffung ausgeworfen sind. Die Verhandlungen über die Durchführung dieses Programms im einzelnen und seine Finanzierung sind schon weit fortgeschritten. Insbesondere hat auch die Reichsbank ihre Mitwirkung zugesagt, wobei es sich, von der Seite der Geldbeschaffung gesehen, nicht um eine Belastung der Notenbank mit großen Beträgen, sondern im wesentlichen um die Heranziehung der in der Wirtschaft ohnehin vorhandenen, zur Zeit nicht für die Arbeit ausgenutzten Liquidität auf dem hierfür jetzt schon gegebenen Weg handelt.

Den Gedanken, diesen Betrag etwa in einer Zwangsanleihe zu finanzieren, haben wir abgelehnt. Beträge in solcher Höhe würde die deutsche Wirtschaft, auch wenn die Zahlung über eine längere Zeit verteilt würde, nicht aufbringen können. (Sehr richtig!) Das würde auch meiner Regierungserklärung widersprechen, keine neuen Lasten mehr zu bringen.

Anstatt dessen beabsichtigen wir, folgenden Weg zu beschreiten: Es sollen für Teile besonders produktionshemmender Steuern, wie beispielsweise der Umsatzsteuer, der Realsteuern, der Grundsteuer u. s. w., der Gewerbesteuer, übrigens ohne jede Beeinträchtigung der Etats der Länder und der Gemeinden, und der Beförderungssteuer, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 fällig und gezahlt werden,

Steueranrechnungscheine gegeben werden, mit denen in den Rechnungsjahren 1934—1938 alle Reichssteuern einschließlich der Zölle und Verbrauchssteuern mit Ausnahme der Einkommensteuer bezahlt werden können. Es wird sich hier um einen Betrag von etwa 1,5 Milliarden handeln.

Diese Scheine werden mit einem Agio versehen werden, dadurch also den Charakter eines Darlehens des einzelnen Pflichtigen an das Reich erhalten. Diese Ausstattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen. Sie werden daher eine Unterlage für die Hereinnahme und für die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Arbeiten für den, wie ich es nannte, aufgestauten Erhaltungsbedarf sein und dadurch die Möglichkeit schaffen, neue Arbeitskräfte, und das ist ja das Maßgebende, in den Arbeitsprozeß einzufügen.

Darüber hinaus will die Reichsregierung einen

Betrag von weiteren 700 Millionen Mark in Steueranrechnungsscheinen für solche Unternehmen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Für jeden Neueingestellten soll, aufs Jahr gerechnet, ein Betrag von 400 Mark in Scheinen gegeben werden.

Wird dieser Betrag voll ausgenutzt, so werden 1¾ Millionen Arbeiter mehr eingestellt werden können. Wird dies gelingen, meine Freunde, so würde das einen ganz großen vorwärtstreibenden Erfolg bedeuten. (Sehr richtig, sehr wahr!)

Unterschreitung der Tariflöhne.

Diese Maßnahmen werden aber nur dann die Wirtschaft sofort in Gang bringen, wenn das Problem auch von der Seite der Arbeit angepackt wird. Es wird deshalb den Arbeitgebern gleichzeitig ein Anreiz zur Streckung der Arbeit durch Verteilung auf möglichst viele Arbeiter gegeben werden. Dieser Anreiz wird nur auf dem Gebiete der Entlohnung liegen können.

Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er mehr Arbeitskräfte einstellt, den Tariflohn in einem gewissen genau umgrenzten Umfange, der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf, zu unterschreiten,

und zwar werden die Tariflöhne innerhalb dieser Grenze in einem um so größeren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Belegschaft oder der Arbeiterschaft ist. Der Lohn wird aber nicht in gleichem Ausmaß ermäßigt werden dürfen, wie die Belegschaft ansteigt, damit die

in dem Betrieb gezahlte Gesamtlohnsumme nicht nur erhalten bleibt, sondern sich sogar noch erhöht.

Ich bin mir bewußt, daß diese Maßnahme einem Teil der Arbeiterschaft Opfer auferlegt. Aber diese Opfer gehen zu Gunsten der heute Arbeitslosen.

Auflockerung der Tarifverträge.

Die Regierung beabsichtigt, das Tarifrecht in seinem wesentlichsten Inhalt aufrechtzuerhalten. Der wertvolle Kern des Tarifgedankens, den ich vor allem in der Zusammenarbeit der beiderseitigen Verbände sehe, muß erhalten bleiben. Besonders am Herzen liegt mir die Erhaltung der Produktionsstätten. Es sollte nicht vorkommen, daß Betriebe infolge der Starrheit staatlicher Bindungen zum Erliegen kommen. Ich halte es daher für notwendig, für diese Fälle nunmehr im Verordnungswege Abhilfe zu schaffen. Alle diese Maßnahmen werden auf zwölf Monate befristet.

Eine Lektion für die Landwirte.

Die Schrumpfung der Kaufkraft des Binnenmarktes hat den Konsum gerade von Veredelungsprodukten, wie z. B. Fleisch, das wir im eigenen Lande genügend herstellen und deshalb durch Zölle nicht mehr entscheidend stützen können, außerordentlich gedrückt und damit die Preise völlig unrentabel gemacht. Die

Hebung der Kaufkraft der Allgemeinheit wird den Landwirt eher dazu befähigen, Erzeugnisse zu angemessenen Preisen auch wirklich absetzen zu können,

besser absetzen zu können, als dies heute der Fall ist, und insbesondere bei den Erzeugnissen der bäuerlichen Veredelungswirtschaft.

Schweigen über den Zinsfuß.

Es würde zu weit führen, mich heute über eine Reihe wichtiger Einzelfragen, wie vor allem über das Zinsproblem, zu äußern. Daß wir diese Frage auf dem privatwirtschaftlichen Wege mit allen Kräften vorwärtstreiben, ist ebenso selbstverständlich wie daß wir eine

Diskontsenkung

für die allgemeine Wirtschaft binnen kurzem durchführen werden. (Bravo.) Erst wenn wir der Not der Stunde etwas mehr entrückt sind als heute, werden wir ein Sozial- und Finanzprogramm auf lange Sicht aufbauen können.

Große Verwaltungsreform.

Für eine politische Programmrede wird im Reichstage Gelegenheit sein.

Ich darf hier darauf hinweisen, in welcher Weise in Preußen die Probleme der Verwaltungsreform angefaßt worden sind. Pläne sind durchgeführt, die zum Teil seit mehr als 30 Jahren erwogen worden sind und schließlich noch jahrelang in den Schreibtischen geschlummert haben oder im Landtag stecken geblieben sind. Diesen ersten Maßnahmen, meine verehrten Freunde, wird eine große organisatorische Verwaltungsreform folgen,

eine Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern, die, wie ich hoffe, vom preußischen Staatsministerium in wenigen Tagen verabschiedet werden wird.

Diese Reform ist eine unentbehrliche und entscheidende Voraussetzung für eine Reichsreform. Sie wird die Doppelarbeit von Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten beseitigen und jedem von ihnen seine getrennte und selbständige Zuständigkeit geben. Diesen Maßnahmen soll eine Verkleinerung und Vereinfachung in der Zentralinstanz, eine Finanzreform und eine Reform der Selbstverwaltung folgen. Die

Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen

und die dadurch möglich gewordene Reform an Haupt und Gliedern beweisen, meine verehrten Freunde, daß diese Regierung mehr als jede andere in den letzten 14 Jahren gewillt ist, zu handeln.

Gegen das Kulissenspiel der Parteien.

Konservative Staatsführung sieht ihre Aufgabe darin, mit wenig Gesetzen und in bewußter Beschränkung auf die wichtigsten Gebiete des Staatslebens einen Rahmen zu schaffen, in dem sich die Kräfte der Nation frei entfalten können. Sie kann nur geleistet werden durch eine autoritäre unabhängige Regierung, die sich ihrer Verpflichtung gegen Gott und gegen die Nation im tiefsten bewußt ist. Aus dieser Ueberzeugung heraus halte ich es für meine

Pflicht, Störungen dieses Werkes durch die Einflüsse der Parteien abzuwehren.

Der Grundsatz der Reichsverfassung, die Staatsgewalt geht vom Volke aus, kann nicht bedeuten, daß diese Staatsgewalt dem taktischen Spiele der Parteien im Parlament ausgeliefert werden soll. Und wenn heute, meine Freunde, von einer

Koalition zwischen Zentrum und der nationalsozialistischen Partei gesprochen wird, an die ich nicht glauben kann,

weil sie dem ganzen antiparlamentarischen Bekenntnis der Nationalsozialisten widerspricht, so wäre der geheime Grundgedanke solcher Koalition nur der, daß die eine Partei die andere zu vernichten wünscht. Ich frage meine Freunde, ob die Not des deutschen Volkes in dieser Stunde wirklich noch ein solches Kulissenspiel erträgt. (Erregte Zwischenrufe: Nein, Nein!) Auf der anderen Seite denken wir nicht an eine Abweichung von den Grundsätzen der Verfassung oder gar einen Wechsel der Staatsform. Die Verfassung selbst hat in der Institution des Reichspräsidenten dem Spiel der Parteien gegenüber den ruhenden Pol geschaffen, den Pol, an dem die einheitliche und unabhängige Führung der Staatsgeschäfte verankert ist. Von dieser

zugleich autoritären und demokratischen Gewalt

hat die Reichsregierung die Rechtfertigung ihres Wirkens.

Die Wunde im Westen: die Schwerindustrie.

Zur neuen Untersuchung des Instituts für Konjunkturforschung.

Unsere eigene Untersuchung über die Wunde im Westen — die deutsche Schwerindustrie — schlossen wir Anfang dieses Jahres mit folgenden Feststellungen und Forderungen:

„Die Niedrighaltung der Massenkaufkraft durch Monopole ermöglichte die Aufstellung jener technisch vorbildlichen Werke; aber eben diese Niedrighaltung der Massenkaufkraft hindert die Vollbeschäftigung der Werke und macht diese Werke dadurch unrentabel, ja führt ihren Wert zum Teil zurück auf den Wert von Eisenschrott. — Eine moderne Hütte kostet 300 Millionen Mark; wenn sie stilliegt, hat sie den Wert einiger Tonnen Eisenschrott.

Was tun? Der ‚Ausweg', der heute beschritten wird: Unterstützung dieser Unternehmungen in ständig steigendem Maße auf Kosten der Massen.

Der einzige Ausweg, der zur Beseitigung der Krise führt:

Schluß mit den bisherigen Subventionen an die Schwerindustrie. Alle Mittel, die verfügbar sind, konzentrieren auf Vergrößerung der Massenkaufkraft!

Diese würde dann ausreichen, um einen Teil der Schwerindustrie in Gang zu halten. Ein Teil der Unternehmungen muß dann offen Bankerott machen: deren Betriebe werden still gelegt, und ihr Wert wird — anders als bei den heutigen Stilllegungen — *nicht* von den Eisenverbrauchern weiter verzinst. Die übrigbleibenden Betriebe wären gut beschäftigt und könnten infolgedessen billig produzieren." („Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit", Seite 22.)

Eine neue Untersuchung des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung gibt uns Gelegenheit, unsere Feststellungen und Forderungen zu überprüfen.

Wie entstand die Wunde?

Ueber die Entstehung der Lage lesen wir in dem soeben erschienenen Heft 2 B der „Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung":

„In jedem Konjunkturaufschwung hat der volkswirtschaftliche **Produktionsapparat die Tendenz, sich stärker auszudehnen, als es den Absatzmöglichkeiten entsprechen würde.**

. . . Der rasche Ausbau des gesamten Produktionsapparats der deutschen Wirtschaft sowie der Aufschwung der Bautätigkeit dürften zugleich zu einer Ueberschätzung der künftigen Absatzmöglichkeiten der Eisenindustrie und dadurch ebenfalls zu einer Ausweitung ihrer Produktionsanlagen geführt haben." (Seite 86.)

Wir wundern uns nicht, daß das Institut für Konjunkturforschung unerwähnt läßt, daß jene Tendenzen, den Produktionsapparat „stärker auszudehnen, als es den Absatzmöglichkeiten entsprechen würde", sich nur durchsetzen konnten in einer Gesellschaft mit kapitalistischer Einkommensverteilung. Nur in ihr stellt eine kleine Klasse von Beziehern hoher Einkommen die Mittel zu jener übergroßen Ausdehnung des Produktionsapparates zur Verfügung, während gleichzeitig der Masse die Mittel fehlen, um die Produkte jenes ausgeweiteten Apparates zu kaufen. Nur in ihr konnte die „Wunde im Westen" entstehen.

Das Ausmaß der Wunde.

Eine eigentliche Eisenverbrauchsstatistik gibt es in Deutschland nicht. Einen Anhaltspunkt für die Schrumpfung des deutschen Eisenverbrauchs gibt die Statistik der *Inlandsversorgung mit den wichtigsten Walzeisensorten.* In der folgenden Tabelle ist die Entwicklung der Inlandsversorgung mit Walzeisen durch Indexziffern gekennzeichnet (Basis 100 im zweiten Vierteljahr 1927).

Walzeisensorten	2. Vierteljahr 1928	1930	1932
Eisenbahnoberbaustoffe	53,1	31,2	16,4
Formeisen	83,6	64,2	27,2
Stabeisen	90,9	51,9	25,8
Bandeisen	78,4	53,3	35,3
Walzdraht	101,1	82,3	62,0
Grobbleche und Universaleisen	77,6	55,6	30,5
Mittelbleche und Feinbleche über 1 mm	92,9	76,6	41,1
Feinbleche bis 1 mm einschließlich	101,5	94,9	54,0
Weißbleche	92,2	97,1	81,8
Schmiedeeiserne Röhren	112,6	73,4	32,2
Walzeisen insgesamt	83,8	60,6	32,6

Der *inländische Absatz* ist also außerordentlich stark zurückgegangen, entsprechend natürlich die *Ausnutzung der Betriebe,* nicht aber, wie unsere folgende Tabelle zeigt, die *Inlandspreise.*

Ausnutzung und Preise der eisenerzeugenden Industrie.

	Ausnutzg. d. Betriebe in Prozent	Preise (Mark pro Tonne) Stabeisen Inland	Stabeisen Ausland	Grobbleche Inland	Grobbleche Ausland
1929	79,8	141,00	115,81	160,00	126,43
1930	64,6	138,67	97,20	157,08	116,46
1931	44,6	126,50	69,37	147,34	81,43
1932 April	35,2	110,00	45,24	129,10	55,51
1932 Juli	35,2	110,00	42,98	129,10	52,28

Trotz Hochhaltung der Inlandspreise, trotz aller offenen und versteckten Subventionen arbeitet die deutsche Schwerindustrie mit Verlust. Das Institut für Konjunkturforschung hat die Bilanz von 12 Aktiengesellschaften mit insgesamt rund 1,5 Milliarden Mark Aktienkapital sowie deren Produktionskosten genau untersucht. Die wichtigsten Ergebnisse sind:

Die langfristige Verschuldung dieser Unternehmungen ist vom Geschäftsjahr 1927/28 bis zum Geschäftsjahr 1930/31 von 880 auf 923 Millionen Mark, die kurzfristige Verschuldung von 550 auf 814 Millionen Mark gestiegen. Die kurzfristige Verschuldung machte in dem erstgenannten Jahr 56 Prozent, im letztgenannten Jahr 78 Prozent des Betriebsvermögens aus.

Das bilanzmäßige Ergebnis (in Wirklichkeit war wohl vor der Krise der Gewinn, in der Krise der Verlust größer) entwickelte sich folgendermaßen:

1927/28	Reingewinn	101 Millionen Mark,
1928/29	Reingewinn	84 Millionen Mark,
1929/30	Reingewinn	53 Millionen Mark,
1930/31	Verlust	43 Millionen Mark.

Daß jene 12 Unternehmungen jetzt mit wachsendem Verlust arbeiten, kommt zum größten Teil daher, daß die Unternehmungen schlecht ausgenutzt werden. Bei drei führenden Unternehmungen des Bergbaues und der Eisenindustrie wurden die „arbeitenden Mittel" im Geschäftsjahr 1927/28 etwa *ein* Mal, im Geschäftsjahr 1930/31 dagegen nur etwa ein *halbes* Mal umgeschlagen. Die Schuldenzinsen machten infolgedessen in dem erstgenannten Jahr „nur" 11,2 Prozent, im letztgenannten Jahr jedoch 20,6 Prozent vom Netto-Produktionswert aus.

Um die aufgenommenen Schulden — die das Aktienkapital um rund eine viertel Milliarde Mark übersteigen! — verzinsen zu können, halten die Unternehmungen die Inlandspreise hoch. Weil die Inlandspreise hoch sind, ist der Inlandsabsatz gering. Weil der Inlandsabsatz gering ist, werden die Unternehmungen schlecht ausgenutzt. Weil sie schlecht ausgenutzt sind, entfallen auf das einzelne Produkt hohe Zinslasten. So wird die Wunde tiefer und tiefer.

Wie kann die Wunde geheilt werden?

Das Institut für Konjunkturforschung schreibt: „Die damit (durch den Druck der Schulden bei schlechter Ausnutzung der Unternehmungen) entstehenden Probleme müssen auf irgend eine Weise gelöst werden, wenn überhaupt die Grundlage für einen neuen Aufschwung wieder geschaffen werden soll." (Seite 86.) Das Institut weiß genau, daß eine *Senkung der Eisenpreise* die Voraussetzung für einen Aufschwung der Gesamtwirtschaft ist; denn es schreibt:

„Bei der Schlüsselstellung der Eisenindustrie im Wirtschaftsprozeß gehört eine den konjunkturellen Erfordernissen angepaßte Eisenpreispolitik zu den notwendigen Voraussetzungen jedes neuen Aufschwungs." (Seite 87.)

Sehr richtig! Wie diese Voraussetzungen geschaffen werden können, das zu sagen, ist nicht Sache eines Berichts des Instituts für Konjunkturforschung. Wir haben es bereits vor Monaten im „Funken" und unserer Krisenbroschüre deutlich gesagt und hier zusammenfassend wiederholt. Der Weg der Heilung führt über Bankerotte zur Verbilligung der Produktion. Die neuesten Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung sind eine so vollständige Bestätigung unserer Analyse der Lage und eine so gute Bekräftigung unserer Forderungen, wie man sie von einem bürgerlichen Institut nur irgend erwarten konnte.

Wir erheben daher gerade heute, wo von rechts bis links — von Straßer bis Wels — über Sozialisierung der Schwerindustrie geredet wird, die Forderung:

Schluß mit den bisherigen Subventionen an die Schwerindustrie. Ein Teil ihrer Unternehmungen soll offen Bankerott machen. Das ist — mit den Worten des Instituts für Konjunkturforschung — „notwendige Voraussetzung jedes neuen Aufschwungs".

•

Deutlicher als das halbamtliche Institut für Konjunkturforschung wird der angesehene Schweizer Bankier Somary, der — ohne besondere Beziehung auf die deutsche Schwerindustrie — in einer soeben erschienenen lesenswerten Schrift „Krisenwende?" schreibt:

„ . . . Es ist eine der größten Wohltaten der Krise, daß mit alten Namen aufgeräumt wird, mit Firmen, die Kredit genossen, weil sie vor einer Generation tüchtig geleitet waren . . . .

Man versuche nicht zu halten, was stürzt, man mache nicht den aussichtslosen Versuch, Kadaver zum Leben zu erwecken.

Strich unter die Vergangenheit, alle Arbeit nur auf die Zukunft gerichtet. Schade um jede Million, die in abgebrauchte, mit faulen Schulden belastete Unternehmungen hineingepumpt wird . . . ." (Seite 41.)

Diese Worte sind so deutlich, daß wir ihnen nichts hinzufügen brauchen. Hellmut Rauschenplat.

Die deutsche Benzinproduktion, ein öffentlicher Unfug.

In Deutschland werden 1932 schätzungsweise 150 000 Tonnen Benzin aus deutschem Erdöl gewonnen, etwa ein Zehntel des deutschen Gesamtbedarfs an Betriebsstoffen. Nach einer Berechnung des „Deutschen Volkswirts" würde

das Deutsche Reich 14 Millionen Mark jährlich gewinnen, wenn es alle an dieser Benzinproduktion Beteiligten gewissermaßen mit vollem Einkommen pensionierte.

Die Sache liegt so: Der Einfuhrzoll für Benzin beträgt heute etwa 230 Mark für die Tonne. Das Reich verliert also an Zolleinnahmen infolge der inländischen Benzinproduktion rund **34 Millionen Mark jährlich. — Im gesamten deutschen Erdölbergbau — dessen Produktion übrigens zu einem Drittel für** die Erzeugung von Schmieröl und nicht für Benzin verwendet wird — sind etwa 2500 Personen tätig, in den Verarbeitungsanlagen und Nebenbetrieben, soweit sie sich mit der Herstellung von Benzin befassen, etwa 750 Personen, zusammen also 3250 Personen. Ihr Gesamteinkommen wird im „Deutschen Volkswirt" auf etwa 8 Millionen Mark jährlich geschätzt. Die Verzinsung und Abschreibung des im Erdölbau angelegten Kapitals wird auf 5 Millionen Mark geschätzt, ebenso hoch die Verzinsung und Abschreibung der Verarbeitungsanlagen einschließlich des Gewinns, der bei den hohen, durch die Zollmauer ermöglichten Benzinpreisen gemacht wird. Lohn- und Gewinnanteil der Lieferanten von Bohrgeräten und Hilfsmaterial: 2 Millionen Mark. Alle an der inländischen Benzinherstellung beteiligten Personen haben also ein arbeitsloses und Arbeits-Einkommen von insgesamt rund 20 Millionen Mark. Wenn der Staat ihnen diesen Betrag jährlich *ohne jegliche Gegenleistung* ausbezahlte, würde er, wie man leicht nachrechnen kann, **den vorhin genannten Gewinn von 14 Millionen Mark jährlich machen.**

•

Ein Amerikaner hat einmal eine Serie von Büchern geschrieben, deren letztes den Titel trägt: „Vom Ende des Unfugs." Wann werden wir diese Ueberschrift in unserem Wirtschaftsteil verwenden können? H. H.

Nach der Margarine der Hering!

Die Interessenten sind eifrig am Werk, die Verteuerung gerade der billigsten Nahrungsmittel zu verlangen. Nächst der Margarine ist zur Zeit der Hering der Gegenstand ihrer Wünsche.

Mag es auch noch so erstrebenswert sein, den Heringskonsum durch Preiserhöhungen einzudämmen und so jenem Tiermord im Großen einen Riegel vorzuschieben — die hier auftretenden Interessenten, die Heringsfang-Gesellschaften, lassen sich von diesem Gesichtspunkt natürlich nicht leiten; wir nehmen daher zu ihren Forderungen im folgenden auch nicht vom Standpunkt des Vegetarismus Stellung.

Die deutsche Heringsfischerei wird subventioniert durch „Fangprämien" von zwei Mark für das Faß. In den letztvergangenen fünf Jahren sind in Form von Prämien und durch Streichung von Darlehen 3,6 Millionen Mark an die Heringsfischerei geflossen. Trotzdem konnten die subventionierten Gesellschaften keine Ueberschüsse erzielen. Trotzdem betrug die deutsche „Produktion" im Jahr 1931 nur 317 000 Faß gegenüber einer Einfuhr von 968 000 Faß.

Im Rahmen des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung sollen 30 Heringslogger gebaut werden. Die Kosten in Höhe von 4 Millionen Mark sollen unter Reichsgarantie von der Reichsbank zur Verfügung gestellt werden. Außerdem verlangen die Heringsfischerei-Gesellschaften die Erhöhung des Zolls von 3 auf 9 Mark pro Doppelzentner (an Stelle der bisherigen Fangprämien).

Eine Produktion, die sich heute nur auf Grund von Subventionen halten kann, soll also ausgedehnt werden auf Kosten der Konsumenten.

Die Massenkaufkraft soll ausgerechnet durch Verteuerung einer Ware beschnitten werden, die besonders von den Aermsten gekauft wird. — Das nennt man Sozialpolitik. Das nennt man Wirtschaftspolitik. Rpt.

Subventionspolitik in den USA.

Anfang April gewährte die amerikanische Regierung durch die Finance Reconstruction Corporation der Missouri Pacific Railraod Co. (einer Eisenbahn-Gesellschaft) eine Anleihe von 12 800 000 Dollar. Die Eisenbahn-Gesellschaft mußte ein kurzfristiges Darlehen zurückzahlen, das eine Bankengruppe um Morgan ihr geliehen hatte. Morgan und seine Geschäftsfreunde hätten diese Anleihe wohl verlängern können, aber sie hielten es für besser, das Risiko auf die Regierung abzuwälzen. Die Bankiers konnten es durchsetzen, daß ihnen die Hälfte ihrer Anleihe sofort und der Rest am 1. Oktober ausbezahlt werden.

Warum es Morgan so eilig hatte, läßt sich aus dem Kurszettel der New Yorker Börse ersehen. Danach ist der Gesamt-Marktwert des Aktienbestandes der Missouri Pacific Eisenbahn auf 12 450 000 Dollar herabgesunken; er beträgt also 350 000 Dollar *weniger* als die Regierungsanleihe!

W. H. (St. Louis).

Javazuckerindustrie will in „Fürsorge".

Die Nederlandsch-Indische Handelsbank und die mit ihr verbundene Nederlandsch-Indische Landbouw Mij. in Amsterdam, die beide der VISP (Vereeniging Java-Suikerproducenten) angehören, unterbreiteten der Regierung eine Denkschrift über die Notlage der Javazuckerindustrie und über Vorschläge zur Behebung dieser Notstände. In dieser Denkschrift wird festgestellt, daß der Chadbourne-Plan ein Fehlschlag sei und daß auf diesem 1931 eingeschlagenen Wege der Exportzuckerindustrie keine rettende Hilfe gebracht werden könne.

Neu vorgeschlagen wird die Gründung einer *Cooperative Vereeniging van Java Suiker Producenten (Covisp),* auf deren Rechnung die Ausbeutung der Zuckerunternehmungen in Niederländisch-Indien erfolgen würde. Dabei wird betont, *daß diese Neugründung die Fürsorge der Regierung nicht werde entbehren können!*

Kurz gesagt: Wo die privaten Unternehmer nach unzähligen Hilfsmaßnahmen der Regierungen nicht mehr weiter wissen und ihre Profite gefährdet sehen, soll der Staat abermals eingreifen zum Nachteil der Konsumenten. R. H.

DEUTSCHLAND

Schiffahrts-Subventionen: Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms gewährt die Reichsregierung zum Abwracken von 400 000 Brutto-Register-Tonnen eine Beihilfe von 12 Millionen Mark, also etwa 30 Mark pro Tonne. — Dabei werden 240 000 Tonnen Eisenschrott anfallen, also monatlich — wenn die Aktion auf 12 Monate verteilt wird — 20 000 Tonnen Schrott. Eine erhebliche Menge, verglichen mit dem gegenwärtigen Bedarf an Schrott in Deutschland von 50—60 000 Tonnen im Monat. Also eine neue Schwierigkeit! Ihr wird dadurch begegnet, daß mehrere Firmen die anfallenden Schrottmengen fest übernehmen. — Auch mit Staatssubventionen?

Sinkende Eisen- und Stahlerzeugung: Arbeitstäglich wurden produziert (in Tonnen):

	Juli 1931	Mai 1932	Juni 1932	Juli 1932
Roheisen	18 361	12 303	10 331	9 500
Rohstahl	29 774	27 178	19 456	16 485

ARGENTINIEN

Eisenbahnen gegen Landstraßen: Dem Kongreß liegt ein Gesetzentwurf vor über Regelung des Transports auf der Landstraße, der sich auch in Argentinien zu einer lebhaften Konkurrenz gegenüber den Eisenbahnen entwickelt hat: Alle Konzessionen für Straßentransportunternehmungen sollen nationalisiert werden. Der Generaldirektor der Eisenbahnen wird die Frachtraten und die zu befahrenden Strecken bestimmen. — In England wird der Gesetzentwurf warm begrüßt, weil viele argentinische Eisenbahn-Aktien in Händen von Engländern sind!